

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 18. 12. 1990

WORT UND WIDERWORT

Soll der Autobahnbau auch in NRW privat finanziert werden?

Nach dem Grundgesetz sei der Bund Eigentümer der Bundesfernstraßen und zum Bau und Unterhalt verpflichtet. Die notwendige Finanzierung werde durch die Kraftfahrzeugsteuer sowie Verbrauchssteuern sichergestellt. Derzeit nehme der Bund rund viermal mehr Steuern ein, als er für den Straßenbau wieder ausbebe. „Deshalb bin ich auch aus grundsätzlichen Erwägungen gegen eine weitere Belastung des Autofahrers.“ Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Karl Böse**. Der CDU-Abgeordnete **Heinrich Dreyer** betont, angesichts der absehbaren Milliarden-Investitionen in den neuen Bundesländern seien die öffentlichen Haushalte überfordert, den gewaltigen Finanzbedarf, vor allem für den Verkehrswegebau, allein zu decken. Deshalb müßten in der Politik neue Wege beschritten werden. Die Problematik dürfe nicht auf die private Finanzierung des Autobahnbaus verengt, sondern könne nur in einem Gesamtkonzept für die Bundesverkehrswege gelöst werden. Der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Achim Rohde** verweist darauf, es gebe genügend Privatkapital. Nichts läge näher, als nach neuen Finanzierungsmodellen zu suchen, dieses Kapital stärker in die Finanzierung öffentlicher Investitionen einzubeziehen. In welcher Form ein Entgelt für die Benutzung einer privat finanzierten Autobahn erhoben werden könne, sei eine eher zweitrangige Frage. Am einfachsten dürfte der Kauf einer Vignette wie in der Schweiz sein. Die Grünen-Abgeordnete **Gisela Nacken** unterstrich, die Grünen lehnten Privatisierung sowie verschobene Investitionen aus öffentlichen Kassen ab. Statt neuer Autobahnen müßten die Schienenwege ausgebaut, Bundesbahn und Öffentlicher Personennahverkehr verstärkt gefördert werden. Gebührenpflichtige Autobahnen könnten den Verkehrsinfarkt nicht verhindern. (Seite 2)

Erste Lesung des Haushalts 1991 – Kritik der Opposition Steigerungsraten und Sparkurs

Der größte Haushalt im vereinigten Deutschland nach dem Bundeshaushalt mache Nordrhein-Westfalen nicht wieder zur Nummer eins, sondern führe in eine „mit roten Zahlen gepflasterte“ Sackgasse. Diese Kritik äußerte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Hartmut Schauerte**, am 14. Dezember bei der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs 1991.

Der Etat für 1991 liege bei einer Neuverschuldung von netto 4,9 Milliarden Mark mit 72 Milliarden Mark um 6,9 Prozent über dem des laufenden Jahres. Ein notwendiger Sparkurs sei nicht erkennbar.

Der Finanzexperte der SPD-Fraktion, **Reinhold Trinius**, unterstrich die Gemeindefreundlichkeit des Landes. Mit 63 Mark durchschnittlicher Leistung je Kopf der Bevölkerung liege NRW vor allen anderen Flächenländern. Jede vierte Mark gehe an die Gemeinden.

Der haushaltspolitische Sprecher der F.D.P.-Fraktion, **Rudolf Wickel**, erklärte, wenn von der Regierung bis Ende 1994 eine Erhöhung der Landesschulden auf 125 Milliarden Mark geplant sei, könne eine Konsolidierung nie erreicht werden.

Für die Grünen sagte Dr. **Manfred Busch**, hinter dem Haushalt würden sich dramatische Verschiebungen in den Ausgabeprioritäten zu Lasten der Umwelt- und Sozialpolitik verbergen.

(Bericht folgt)



... und sie fanden keinen Parkplatz in der Stadt...

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Einbringung

Der Haushaltsentwurf 1991, den Finanzminister **Heinz Schluëßer** (SPD) im Landtag eingebracht hat, sieht Ausgaben von 72 Milliarden Mark und eine Steigerung um 6,9 Prozent vor. (Seite 3)

Truppenabbau

Über Risiken, aber auch Chancen für den Wohnungsmarkt und die Stadtentwicklung, beim Abbau alliierter und deutscher Truppen hat der Landtag debattiert. (Seite 6)

Polizei

Die Oppositionsfraktionen fordern, die Handlungsfähigkeit der Polizei im Land müsse wieder hergestellt werden. (Seite 7)

Kampagne

Wegen einer großangelegten Anti-Abfallkampagne sind Umweltminister **Klaus Matthies** und Finanzminister **Heinz Schluëßer** (beide SPD) ins Kreuzfeuer der Opposition geraten. (Seite 9)

Petitionsbericht

Der Petitionsausschuß hat sein Verfahren bei Eingaben rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber nachdrücklich verteidigt. (Seite 11)

Jahresrückblick

Über die Arbeit des Landtags 1990 gibt ein Jahresrückblick Auskunft, in dem die Schwerpunkte parlamentarischer Tätigkeit angegeben sind. (Seiten 16 und 17)

WORT UND WIDERWORT

Autos würden gebührenfreie Fernstraßen belasten

Von
Karl Böse

Die gewaltigen finanziellen Anstrengungen, die zur Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in den fünf neuen Bundesländern notwendig sind, haben die öffentliche Diskussion über eine private Finanzierung von Autobahnen ausgelöst. Der desolate Zustand der vorhandenen Verkehrswege und nicht zuletzt die nicht vorhandenen Sicherheitsstandards machen den Neubau der Verkehrswege notwendig. Der Verweis auf unsere Nachbarn, die für die Benutzung der Autobahnen Gebühren erheben, ist unseriös. Keines dieser Länder verfügt über qualitativ gleichwertige Straßen außerhalb der Autobahnen. Diese Tatsache würde dazu führen, daß insbesondere Leute, die aus beruflichen Gründen auf ihr Auto angewiesen sind, statt der Autobahn andere gebührenfreie Fernstraßen benutzen und damit die Städte belasten, die wir ja gerade entlasten wollen, um sie wieder lebenswerter zu machen.

SPD: Einzelne Verkehrsträger sinnvoller vernetzen

Nach dem Grundgesetz ist der Bund Eigentümer der Bundesfernstraßen und zum Bau und Unterhalt verpflichtet. Die notwendige Finanzierung wird durch die Kraftfahrzeugsteuer sowie Verbrauchssteuern sichergestellt. Derzeit nimmt der Bund rund viermal mehr Steuern ein als er für den Straßenbau wieder ausgibt. Deshalb bin ich auch aus grundsätzlichen Erwägungen gegen eine weitere Belastung des Autofahrers.

Die Frage ist für mich also nicht, ob ich durch zusätzlichen Straßenbau, von privaten Investoren finanziert, die Verkehrsprobleme lösen kann, sondern wie durch eine sinnvolle Vernetzung und Aufgabenteilung der Verkehrsträger dem drohenden Verkehrskollaps begegnet werden kann. Individuelle Mobilität ist nicht grenzenlos. Die Transportleistung von Menschen und Gütern auf Kosten der natürlichen Umwelt läßt sich im dichtbesiedeltesten Industrieland der Welt nicht unendlich steigern und erst recht nicht guten Gewissens verantworten.

Von
Heinrich Dreyer

Der 1989 vorgelegte Bericht der sogenannten Mikat-Kommission über die Montanregionen des Landes NRW weist aus, daß unsere Straßeninfrastruktur quantitativ zufriedenstellend ist, jedoch in qualitativer Hinsicht in vielen Fällen zu wünschen übrig läßt. Die Kommission hat einen nicht unerheblichen Ausbaubedarf – vor allem im überregionalen Straßennetz – festgestellt. Dabei sind Netzschlüsse im Autobahnausbau von besonderer Bedeutung. Im Blick auf die Verkehrsentwicklung im vereinten Deutschland sind auch Neubaustrecken nötig.

Angesichts der absehbaren Milliarden-Investitionen in den neuen Bundesländern werden die öffentlichen Haushalte überfordert sein, den gewaltigen Finanzbedarf, vor allem für den Verkehrswegebau, allein zu decken. Deshalb müssen in der Politik neue Wege beschritten werden. Die Problematik darf nicht auf die private Finanzierung des Autobahnbaus „verengt“, sondern kann nur in einem Gesamtkonzept für die Bundesverkehrswege gelöst werden.

Einen interessanten und ernsthaft zu prüfenden Vorschlag hat der

CDU: Neue Wege beschreiten

Deutsche Industrie- und Handeltag in seine kürzlich veröffentlichten Denkschrift „Verkehr finanziert Verkehr“ unterbreitet: An die Stelle des Sondervermögens Deutsche Bundesbahn, das ohne jährliche Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt nicht existieren kann, soll ein Sondervermögen Bundesverkehrswege treten, das seinen Mittelbedarf – dem Muster des Sondervermögens Deutsche Bundespost folgend – aus Benutzungsgebühren und durch Kreditaufnahme deckt. Auch andere Modelle sind in der Diskussion. So hat der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgeschlagen, große Straßenausbauvorhaben über die privatrechtliche Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG (Öfa) vorzufinanzieren, wie bereits in den Jahren 1955 bis 1973 praktiziert. Die CDU-Landtagsfraktion hat keine „Patentlösung“ anzubieten, befindet sich aber in einem intensiven Meinungsprozeß. Im übrigen wird die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz aller Bundesländer am 18./19. Januar 1991 im Rahmen eines Verkehrsforums in Stuttgart u. a. die Finanzierungsproblematik eingehend erörtern und Lösungsansätze suchen.

Von
Dr. Achim Rohde

Die Finanzierung öffentlicher Investitionen – nicht nur von Autobahnen – ist längst zu einem zentralen, politischen Thema geworden. Wie ernst die haushaltspolitische Situation gerade in NRW mit seinen 105 Milliarden Mark Schulden ist, hat der Finanzminister selbst soeben bei Einbringung des Haushalts 1991 deutlich gemacht: Kern seiner Einbringungsrede war die Klage über den schmalen Rest an politischem Spielraum. Die Steuer- und Gebühreneinnahmen des Landes reichen noch nicht einmal mehr aus, um alle rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen – selbst dazu muß NRW Kredite aufnehmen!

Auf der anderen Seite gibt es genügend Privatkapital. Nichts liegt daher näher, als nach neuen Finanzierungsmodellen zu suchen, dieses Kapital stärker in die Finanzierung öffentlicher Investitionen einzubeziehen. Das setzt gleichzeitig neue, private Organisationsformen vor-

F.D.P.: Freie Bahn für Privatkapital

aus, in denen zumeist auch effektiver und sparsamer gewirtschaftet werden kann.

Das Feld für solche Investitionen ist weit, reicht vom Hochbau über den Bau von Abfall- und Abwasserbeseitigungsanlagen bis hin zum Bau von Autobahnen.

In welcher Form ein Entgelt für die Benutzung einer privat finanzierten Autobahn erhoben werden kann, ist eine technische, aber zweitrangige Frage – am einfachsten dürfte der Kauf einer Vignette wie in der Schweiz sein.

Zu einer stärkeren Einbeziehung privaten Kapitals in öffentliche Investitionen gibt es keine vernünftige Alternative – denn gerade wenn Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur wegen der Überschuldung der Landeskasse unterbleiben, wäre das schädlich und töricht. Das gilt auch für den Autobahnbau: Denn dringlich müssen in NRW endlich die bestehenden Lücken in den Fernstraßenverbindungen geschlossen werden!

Von
Gisela Nacken

Die erfreulichen Entwicklungen in Osteuropa und die wiederaufgenommenen Verkehrsbeziehungen zwischen den alten und neuen Bundesländern haben den Zuwachsraten im Verkehrsbereich einen weiteren Schub gegeben. Straßenbauer alter Manier und die Industrie- und Handwerkskammern „trommeln“ seitdem für den Aus- und Neubau von Straßen speziell für alte und neue Ost-West-Verkehrsachsen. Von der öffentlichen Hand werden verstärkte Investitionen gefordert, auch von NRW. Die öffentlichen Mittel sind jedoch begrenzt. Ein Großteil der Bundesmittel wird in die neuen Ländern fließen, und die Landesmittel werden gekürzt.

Als vermeintliches Allheilmittel bleibt die Privatisierung – jetzt auch im Straßenbau. Finanziert werden könnte dies über Straßenbenutzungsgebühren, wie wir sie von Alpenpässen oder französischen Autobahnen kennen. Wenn dies abgelehnt wird, wie es aus den Koalitionsgesprächen heißt, kämen verschobene

GRÜNE: Autobahnausbau wäre eine Fehlinvestition

Subventionen aus öffentlichen Kassen in Frage. DIE GRÜNEN lehnen beide Wege ab. Sie sind keine Lösung für das Problem. Statt neuer Autobahnen müssen die Schienenwege ausgebaut, Bundesbahn und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) verstärkt gefördert werden. Gebührenpflichtige Autobahnen können den Verkehrsfarkt nicht verhindern. Lkw- und Pkw-FahrerInnen werden Schlupflöcher suchen, um keine Gebühren zu bezahlen. Ortsdurchfahrten und Nebenstrecken werden als Ausweichstraßen noch mehr belastet. Der von allen Seiten geforderten Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene kommen wir damit kein Stück näher. Die Subventionen für den straßengebundenen Verkehr müssen abgeschafft werden. Trotz jahrelanger Subvention hat sich das Auto als Massenverkehrsmittel nicht bewährt. Wir brauchen statt dessen Investitionen in ein leistungsfähiges Schienen- und ÖPNV-Netz. Der Bau von Autobahnen, privat oder staatlich finanziert, ist dagegen eine klare Fehlinvestition.

Haushaltssteigerung 1991: äußerste Grenze des Vertretbaren

NRW-Haushalt erreicht Rekordvolumen von 72 Milliarden Mark

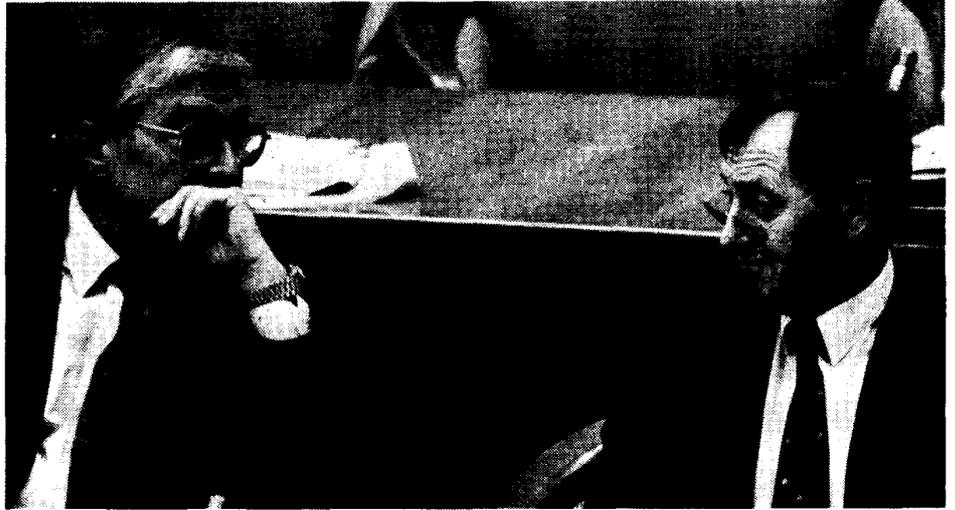
Mit Mehrausgaben in Höhe von 4,6 Milliarden Mark gegenüber 1990 und einem Gesamtvolumen von 72 Milliarden Mark stellte Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) den Entwurf des Haushalts 1991 (Drs. 11/800) am 12. Dezember vor. Nach dem Finanzminister brachte Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) das Gemeindefinanzierungsgesetz 1991 in den Landtag ein.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) wies eingangs auf den Beitritt der DDR und die wichtigste Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland hin, der staatlichen Vereinigung nun die wirtschaftliche und gesellschaftliche Einheit folgen zu lassen. Mit Steigerungsraten von durchschnittlich 2,1 Prozent sei die NRW-Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre im Ländervergleich am erfolgreichsten gewesen. Die Anstrengungen hätten sich gelohnt. NRW sei wieder ein finanzstarkes Land. Die Ausgangslage für die schwierigen Herausforderungen sei gut. Die Steigerung der Ausgaben 1991 um 6,9 Prozent liege an der obersten Grenze des Vertretbaren, es gebe aber keine Wahl. Die Zinslasten forderten zehn Prozent aller Ausgaben. Dabei liege NRW drei Prozent über dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Weiteren öffentlichen Leistungen über den hohen erreichten Stand hinaus seien ganz enge Grenzen gesteckt.

Wörtlich führte Minister Schleußer weiter aus: „Die Entwicklung der Steuereinnahmen 1990 ist durch entgegengesetzte Tendenzen gekennzeichnet: im bisherigen Jahresverlauf erhielt das Land außerordentliche Zahlungseingänge von insgesamt rd. 1,5 Mrd. Mark. Sie verdeckten die Wirkungen der Steuerreform auf die Veranlagungssteuern. Wie sich die Abflachung des Einkommensteuertarifs tatsächlich auswirkte, wurde erst im dritten Quartal sichtbar: Die Lohn- und Einkommensteuer fielen weit deutlicher zurück, als noch bei der Steuerschätzung im Mai erwartet wurde. Im Anstieg der Umsatzsteuer sind auch enthalten die Auswirkungen der Währungsunion und der zusätzlichen Nachfrage aus den fünf neuen Ländern. Ehe da schnelle Fehlschlüsse gezogen werden: Vom Nachfrageschub profitiert vor allem der Bund, dem 65 Prozent des Aufkommens zufließen. In Nordrhein-Westfalen verbleiben noch nicht einmal 35 Pfennig von jeder zusätzlichen Mark Umsatzsteuereinkommen. Nordrhein-Westfalen hat nach den ersten drei Quartalen 1990 über seinen Länderanteil an der Umsatzsteuer hinaus bereits mehr als 700 Mio. Mark für andere finanzschwache Länder aufgebracht.

Das Jahresende ist in weniger als drei Wochen erreicht. Dennoch kann ich noch nichts Abschließendes zum Ergebnis 1990 sagen. Schon immer war das Jahresergebnis stark abhängig von den Steuereingängen in den letzten Tagen des alten Jahres. Hinzu kommt: Die Steuerreformstufe 1990 hat den Weihnachtsfreibetrag abgeschafft. Diese Neuerung bei der wichtigsten Steuerart mit dem höchsten Aufkommen erschwert die Vorausschau auf die Lohnsteuerentwicklung im Dezember.

Im Jahr 1991 kann das Land nach Abzug des Finanzierungsbeitrags für den Fonds „Deutsche Einheit“ voraussichtlich Steu-



Den Entwurf des Haushaltsplans 1991 und des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1991 legten die Minister Heinz Schleußer (l.) und Dr. Herbert Schnoor (beide SPD) als Ressortchefs dem Parlament am 12. Dezember vor.

Foto: Schüler

ereinnahmen von rd. 55,5 Mrd. Mark erwarten. Dies ist der Haushaltsansatz. Damit lassen sich gut drei Viertel (77,2 Prozent) der Gesamtausgaben des Landes bestreiten. Der Steueransatz beruht im wesentlichen auf den Ergebnissen der Mai-Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzung“. In den vergangenen Monaten zusätzlich gewonnene Erkenntnisse wurden mitverwertet. Unsicherheiten bestehen wegen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung; die Experten sind sich nicht einig. Ungewiß ist auch, wie sich die neueste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Kinderfreibetrag und zum Grundfreibetrag aus-

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, als Herausgeberin sowie die Redaktion wünschen allen Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest sowie ein glückliches Jahr 1991.

wirken wird. Vom 17. bis 20. Dezember tagt der Arbeitskreis „Steuerschätzung“ in Düsseldorf. Sollte der Steueransatz sich als korrekturbedürftig erweisen, werde ich dem Landtag eine Ergänzungsvorlage zuleiten.“

Beitrag zur Einheit

Den Barwert an Finanzzuweisungen aus NRW an die neuen Länder bezifferte der Finanzminister auf 2,4 Milliarden Mark 1991. Der Beitrag der Gemeinden mache zusätzlich 1,8 Milliarden Mark aus. Bis 1994 ergebe das Leistungen des Landes in Höhe von rund 13 Milliarden. Zinslasten in einer Höhe von 1,25 Milliarden Mark pro Jahr würden noch 20 bis 30 Jahre weiter bestehen. Zu diesen Zahlungen kämen umfassende Personal- und Verwaltungshilfen, 1991 mit einem Kostenaufwand von 89,9 Millionen Mark. NRW konzentrierte sich auf Brandenburg, mit dem ein Regierungsabkommen geschlossen worden sei.

Zukunftsgestaltung

Nach der Aufzählung zwangsläufiger Mehrausgaben (durch bundeseinheitliche

Gesetzgebung) für Personal, Gemeinden, Wohngeld, BAFöG, Krankenhäuser und Ersatzschulen nannte der Minister Kindergärten und -tageseinrichtungen, sozialen Wohnungsbau, Alteneinrichtungen, Polizei, Wissenschaft, Forschung und Kultur als landespolitische Schwerpunkte. Im einzelnen seien veranschlagt die Mittel für:

20 000 Kindertagesbetreuungsplätze;
26 700 Sozialwohnungen, weitere 33 000 Sozialwohnungen jährlich, falls wieder Bundesmittel für Wohnungsbau durchgesetzt würden; 125 Millionen Mark Barmittel für Altenhilfe; Pflegeplätze und Sozialstationen mit Landesmitteln ab 1991 in Höhe von zusammen 385 Millionen Mark. Mit 23 Millionen Mark werde die Aus- und Fortbildung des Pflegepersonals gefördert.

Wissenschaft/Forschung/Lehre

Die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Lehre steigen nach Aussage des Finanzministers mit 8,9 Prozent mehr als 1990 auf 6,9 Milliarden Mark besonders stark. Sonderprogramme würden weitergeführt für: Modernisierung der Großgeräte, Bibliotheken, Erstes Hochschulsonderprogramm, Umstrukturierung der Fächer. 14 Millionen Mark mehr als 1990 gebe es für Sondermaßnahmen zur Forschungs- und Technologieförderung, 45 Millionen Mark und 309 Stellen für ein neues Sonderprogramm zum Ausbau der Fachhochschulen, zwölf Millionen Mark mehr zusätzliche Zentralmittel. Den Studenten werde außerdem durch besseren Wohnraum geholfen.

Hochschulkliniken sollten schneller erneuert werden: In Düsseldorf und Essen könnten an vier Stellen Um- und Ausbauten beginnen; für fünf weitere Bauvorhaben beginne die Planung. Insgesamt seien dafür Kosten in Höhe von 150 Millionen Mark veranschlagt. 1991 stünden die ersten 15 Millionen Mark zur Verfügung.

Der Finanzminister betonte weiter, Kunst und Kultur blieben ein Förderschwerpunkt. Dazu gehörten die Förderung von Bibliotheken, Musik, bildender Kunst und Schrifttum, Theater, Film und Bild. Die Ausgaben stiegen 1991 abermals überproportional um sieben Prozent. Das seien in den drei Jahren

1989 bis 1991 40 Millionen Mark oder 33,4 Prozent mehr. Die Gesamtausgaben für Kultur betragen 157,8 Millionen Mark.

Zu den Kommunalfinzen erwähnte Schleißer, NRW bleibe ein gemeindefreudliches Land. Der allgemeine Steuer-verbund 1991 betrage zwölf Milliarden Mark. Zu der Befrachtung des kommunalen Steuer-verbundes mit 500 Millionen Mark sagte Schleißer, die Beurteilung, welches Finanz-volumen aus dem Landeshaushalt den Kommunen insgesamt bereitgestellt werden könne, müsse sich nach dem aktuellen Finanzstatus beider Haushaltsebenen richten. Hier aber zeichneten die maßgeblichen Finanzdaten für das Land ein erheblich ungünstigeres Bild als für die kommunale Gesamtheit. Das Ungleichgewicht der Haus-haltsebenen von Land und Kommunen hätte bereits eine frühere Korrektur nahegelegt. Das weit überproportionale Wachstum der Steuerverbundleistungen in 1991 erlaube eine Berichtigung ohne Verwerfungen für die kommunalen Haushalte. Trotz der Kor-rektur werde der Steuerverband im Finanz-planungszeitraum voraussichtlich um 24 Prozent anwachsen. Zusätzliche Kredite verböten sich. Das zeige schon die Zinslast des Landes. „Wir mußten 1989 6,5 Milliar-den Mark Zinsen zahlen, die Gemeinden dagegen nur 2,6 Milliarden Mark“, sagte er. Zur Aussiedler- und Asylbewerberpolitik führte Schleißer aus, die Mehrbelastung gegenüber 1987 betrage rund 1,1 Milliarden Mark. Das Bewilligungsvolumen für Über-gangsheime betrage von Ende 1988 bis 1991 1,6 Milliarden Mark. An Sozialhilfe für Asylbewerber würden 1991 mindestens 712 Millionen Mark auszugeben sein.

Auf die innere Sicherheit eingehend merkte er an, die Polizei werde einschließlich Ver-waltungsbeamte, Angestellte und Arbeiter 666 neue Stellen erhalten. Der Personal-haushalt 1991 weise 2011 neue Stellen aus. Die Mehrkosten für Stellenzugänge betrü-gen rund 173 Millionen Mark jährlich. Der Schwerpunkt der Stellenzugänge liege bei 400 Stellen für den Umweltschutz, 507 für Schulen, 114 für Justiz, 309 für Hochschu-len, 101 für Hochschulkliniken, 70 für Gewerbeaufsicht, 60 für die Landesstelle Unna-Massen und 100 für das Drogen-Pro-gramm. Für sein Personal müsse das Land 1991 rund 27,5 Milliarden Mark ausgeben.

Zur Wirtschafts- und Technologieförderung sagte der Minister, das bisherige Gemein-schaftsprogramm zugunsten der Umstel-lung von Eisen- und Stahlröhren laufe 1991 aus. Es habe 200 Millionen Mark unfaßt. Neu aufgelegt werde das RECHAR-Programm mit 184 Millionen einschließlich EG-Mitteln. Für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung enthalte der Haushalt 1991 rund 485 Millionen Mark, 175 Millionen davon fließen in Montanindustrie-Regionen. 50 Millionen entfielen auf das Sonderprogramm Aachen/Jülich. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ werde um 75,4 Millionen aufgestockt. Einen Schwer-punkt bilde die Technologieförderung mit 310 Millionen. An Strukturhilfsmitteln einschließlich des komplementären Landes-anteils seien 800 Millionen veranschlagt.

Für den Öffentlichen Nahverkehr wolle das Land an Landesmitteln 780 Millionen auf-bringen und an Kohlebeihilfen 1,488 Milliar-den Mark. Für Naturschutz, Landschafts-pflege und Umweltschutz würden insgesamt 1,9 Milliarden bereitgestellt.

Der Finanzminister wandte sich abschlie-

Eckdaten Haushalt 1991 mit Vorjahresvergleich

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Soll 1991	Veränderung Soll 91 zu Soll 90		Anteil an Gesamtausgaben 1991
		Mio. DM	Mio. DM v. H.	
I. Ausgaben				
1. Personalausgaben	27 426,0	+1 676,6	+ 6,5	38,2
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	3 199,1	+ 217,0	+ 7,3	4,5
3. Schuldendienst	7 575,0	+ 393,0	+ 5,5	10,5
3.1 Zinsausgaben	7 339,4	+ 390,3	+ 5,6	10,2
dar. an Kreditmarkt	7 282,5	+ 390,6	+ 5,7	10,1
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	23 527,4	+2 180,6	+ 10,2	32,7
5. Investitionsausgaben	10 538,5	+ 133,8	+ 1,3	14,7
5.1 Bauausgaben	540,0	+ 38,0	+ 7,6	0,8
5.2 Sonst. Investitionsausgaben	9 998,5	+ 95,7	+ 1,0	13,9
6. Bes. Finanzierungsausg.	- 202,7	+ 31,5	+ 13,5	- 0,3
Gesamtausgaben	72 063,3	+ 4 632,4	+ 6,9	X
II. Einnahmen				
1. Steuern	55 490,5	+ 3 990,5	+ 7,7	77,2
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahmen)	11 398,3	+1 041,6	+ 10,1	15,9
darunter Investitionszuw.	2 611,0	- 353,2	- 11,9	3,6
3. Schuldenaufnahme	5 174,5	- 399,7	- 7,2	7,2
dar. am Kreditmarkt	4 987,0	- 359,0	- 6,7	6,9
Gesamteinnahmen	72 063,3	+ 4 632,4	+ 6,9	X



Fünf Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/GRÜNE aus Thüringen und Sachsen-Anhalt haben die Plenardebatten des nordrhein-westfälischen Landtags verfolgt. Olaf Möller aus Thüringen sowie Ulrich Karl Engel, Karla Schulze, Jochen Tschiche und Christel Seidel-Zaprasis aus Sachsen-Anhalt interessierten sich insbesondere für die Haushaltsdebatten. Foto: Schüler

ßend der Finanzplanung zu. Sie berge höhere Risiken als sonst. Man verfüge noch nicht über eine aktuelle Steuerschätzung. Die Finanzplanung unterstreiche die Position der Landesregierung. Schleunige Rückkehr zu niedrigen Steigerungsraten von durchschnittlich 3,5 Prozent von 1992 bis 1994 und Eindämmung der Neuverschuldung. Die Dämpfung des Ausgabenwachstums sei gegenwärtig das Thema der Finanzpolitik. Das Ausgabenwachstum sei der Generalschlüssel für die gesamte Haushaltspolitik. Die geplante Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt erreiche 1991 und 1992 mit jeweils 4,9 Milliarden ein Zwischenhoch, um in den beiden letzten Planungs-jahren auf 4,2 bzw. 3,6 Milliarden abzufallen. Der Minister erinnerte daran, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern müßten bis 1995 neu geregelt sein. Zur Zeit sei nicht absehbar, wo die neuen

Länder Ende 1994 mit ihrer Finanzkraft stehen würden. Der Blick müsse überdies auf Europa gerichtet werden, auf den Binnenmarkt, der in dieser Legislaturperiode verwirklicht werde.

Finanzbedarf großer Städte noch genauer berücksichtigt

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) betonte bei der Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzesentwurfs für das kommende Jahr den besonderen politischen Stellenwert, den das Land den Zuweisungen an die Kommunen beimesse. Der Entwurf halte am Verbundsatz von 23 Prozent fest, „nach wie vor bewegt sich damit NRW auf hohem Niveau gegenüber den anderen Flächenländern“. Das Volumen bezifferte er auf

Fortsetzung Seite 8

Aktuelle Stunde II: Flüchtlingspolitik im Widerstreit

Auf scharfe Kritik bei CDU, F.D.P. und Grünen ist die als „neue Flüchtlingspolitik“ bezeichnete Absicht der Landesregierung gestoßen, mit finanziellen Mitteln des Landes Roma und Sinti nach Jugoslawien zurückzuführen. Das machte eine Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU-Fraktion am 12. Dezember im Landtag deutlich.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, rechnete vor, daß die vorgeblich „neue Flüchtlingspolitik“ die Bürger des Landes 41 Millionen Mark kosten werden. Diese Flüchtlingspolitik sei der pure Etikettenschwindel, „denn es ist ein großer Unterschied, ob man mit Hilfe der Entwicklungspolitik die Menschen veranlaßt, in ihrer Heimat zu bleiben, oder ob man abgelehnte Asylbewerber entgegen Recht und Gesetz erst im Land hält und ihre Rückführung dann mit millionenschweren Sonderprogrammen garniert — auf Kosten des Steuerzahlers“. Die SPD habe nicht nur die Bürger des Landes getäuscht, sondern auch die Roma und Sinti hinters Licht geführt. Sie mißachte mit ihrer Asylantragspolitik das Rechtsgefühl und die Sorgen der Bürger, und der Ministerpräsident habe recht, wenn er feststelle, die SPD sei keine Volkspartei mehr. Der Innenminister habe nicht nur sein Gesicht, sondern auch seine Glaubwürdigkeit verloren.

Egbert Reinhard (SPD) hielt der CDU vor: „Sie beschuldigen den Innenminister, können aber mit keiner Ihrer Behauptungen den Beweis antreten.“ Mit seiner Schilderung des Ablaufs machte er deutlich, wie der Innenminister „mit Engelsgeduld“ die unterschiedlichen Darstellungen der Roma auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft habe und in Übereinstimmung mit der CDU-Spitze des Landes sich bemüht habe, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Sogar der Bundesinnenminister unterstütze die neue Flüchtlingspolitik der Landesregierung. Wenn der Landesinnenminister in einer „Detailfrage der Flüchtlingspolitik keine Mehrheit“ gefunden habe, so sei dies ein ganz normaler Vorgang im parlamentarischen und exekutiven Bereich.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) meinte, wenn der Innenminister aus seiner Niederlage im Kabinett keine Konsequenzen ziehe, „werten wir das als ein notorisches Nicht-zur-Kennntnis-Nehmen“. Die Landesregierung habe ihren Innenminister „gekündigt“; der Minister sei uneinsichtig und selbstgerecht, er habe Rechtsbrüche toleriert und „ungedeckte Schecks auf Bleiberecht ausgestellt“. Er stelle fest: „Diesem Innenminister vertraut niemand mehr. Sein Wort gilt nicht mehr.“ Das Beispiel derjenigen, „die falsche Angaben gemacht und das Land unter Druck gesetzt haben und die öffentlich erklären, daß sie gar nicht gehen wollen, und dafür noch belohnt werden“, werde Schule machen.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) zog aus seinem Besuch in Skopje, wohin die Roma zurückgeführt werden sollen, den Schluß, daß es dort unhaltbare Zustände gebe. Das „Rückkehrprojekt“ der Landesregierung müsse darum dort zu „verschärften und



Heidi Busch aus Köln (l.) ist über die Landesreserveliste der CDU als Nachfolgerin für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Werner Schumacher (CDU) Mitglied des Landtags geworden. Frau Busch, die bereits in der vergangenen Legislaturperiode Abgeordnete war, wurde von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (r.) am Mittwoch, 15. Dezember, im Plenum verpflichtet.
Foto: Schüler

erheblichen Spannungen“ führen. Das halte er für unmenschlich, und er habe Verständnis für die Bezeichnung „Deportation“, die ein Mitglied der jüdischen Gemeinde Berlin dafür gebraucht habe. Die einzige Infrastruktur, die dort funktioniere, sei das ausgebaut Spitzelsystem, es finde eine systematische Repression der Roma durch Geheimpolizei und Soldateska statt.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) warf dem Sprecher der CDU vor, ihm seien die Menschen völlig gleichgültig, um die es hier gehe. Die Polarisierung der Bevölkerung in der Flüchtlingspolitik nehme zu, die CDU lasse nichts aus, „um Stimmung zu machen gegen eine ethnische Minderheit“. Der Fraktionsvorsitzende könne für sich in Anspruch nehmen, daß die Akzeptanz für jegliche verantwortliche Flüchtlingspolitik immer schwieriger werde. Das sei verantwortungsloses Handeln, er verstehe eine solche Politik nicht bei einer Partei, „die immer noch das hohe C in ihrem Namen trägt“.

Maria Theresia Opladen (CDU) bezeichnete es als menschenunwürdig, daß in den Roma die Hoffnung erweckt worden sei, sie könnten hier bleiben. „Menschenwürdig wäre es gewesen, daß in diesem konkreten Fall eine schnelle Abschiebung, eine schnelle Klärung des Sachverhalts, vielleicht mit der Möglichkeit der Reintegration in Jugoslawien, erfolgt wäre.“

Dr. Wilhelm Vollmann (SPD) fühlte sich durch die Art und Weise, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende operiert habe, „fatal an das erinnert, was einige Braune, zum Beispiel Herr Streicher, über Gesichter gesagt haben“. Die CDU, die gegen diese Formulierung scharfen Protest erhob, könne ja die Streicher-Zitate, die er ihr gern zur Verfügung stelle, mit den Ausführungen Linssens vergleichen.

Karl Nagel (CDU) wies die Worte seines Vorredners als Ungeheuerlichkeit zurück. Er sei bisher von einem Konsens der Demokraten in der Frage ausgegangen, wie faschistische oder linke Diktaturen zu beurteilen seien; diesen Konsens müsse man wiederherstellen, „sonst wird das Konsequenzen haben“.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) betonte, man könne das Elend der Welt nicht in NRW bewältigen. Sie forderte den Innenminister auf, seine gesamte Flüchtlingspolitik noch einmal zu überdenken „und auch den Behörden vor Ort Sicherheit und Vertrauen in diesen Rechtsstaat zu geben“.

Edgar Moron (SPD) zeigte sich überzeugt, daß es mit der neuen Flüchtlingspolitik gelingen werde, die Probleme in den Griff zu bekommen. Scharf wies er für die beabsichtigte Rückführung den Begriff „Vertreibung“ zurück. Im Land gebe es eine breite Mehrheit in der Bevölkerung, „die stolz ist auf die Politik, die Herbert Schnoor macht“. Die SPD-Landtagsfraktion sei mit ihm „absolut und vollständig solidarisch“.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) erwähnte die besondere historische Verantwortung der Deutschen gegenüber den Roma; aus dieser Geschichte könne man sich nicht „herausschleichen“.

Wolfram Kuschke (SPD) forderte die Opposition auf, in einer „Schicksalsfrage“, wie sie der Bundeskanzler bezeichnen würde, auf den Innenminister zuzugehen und zu versuchen, eine gemeinsame Flüchtlingspolitik zu gestalten.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) fragte die Opposition, „wo ist eigentlich Ihr christliches Gewissen, wenn wir uns darum bemühen, daß die Menschen, die hier sind, menschenwürdiger untergebracht werden?“. Er hätte in Staumühle 1 000 Menschen gut über den Winter bringen können, aber Bonn habe das verhindert. Er stimme Heiner Geißler zu, der davor gewarnt habe, die Ausländerpolitik in die parteipolitische Auseinandersetzung zu bringen.

Heinrich Meyers (CDU) stellte fest, das Landeskabinett habe genau das nachvollzogen, was die CDU schon immer gefordert habe; es habe eingesehen, „daß die Haltung der CDU an Verfassung und geltendem Recht, an Gemeinwohl und an den Grundsätzen der Humanität orientiert ist“. Der Minister sollte sich für den Schaden, den er angerichtet habe, vor dem Parlament entschuldigen.

Risiken und Chancen des Truppenabbaus an Rhein und Ruhr

Mit den möglichen Folgen des Truppenabbaus in Nordrhein-Westfalen hat sich der Landtag bei der Beratung eines SPD-Antrages (Drs. 11/165), eines Änderungsantrages der Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/222) sowie eines Entschließungsantrages der CDU (Drs. 11/790) befaßt. Nach Auffassung der SPD sollten freiwerdende Wohnungen der Streitkräfte dem sozialgebundenen Wohnungsmarkt kostengünstig zugeführt werden. Die CDU sah in Verdichtungsgebieten bei freiwerdendem Militärgelände eine Chance für die Stadtentwicklung. Von der F.D.P. wurde empfohlen, erst einmal abzuwarten, welche Liegenschaften künftig noch militärisch genutzt werden müßten. Die Grünen empfahlen gemeinsame Programme von Bund und Land. Bei der Abstimmung folgte das Parlament der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses. Die Anträge von CDU und Grünen wurden abgelehnt.

Laurenz Meyer (CDU) stellte fest, das Thema „Truppenabbau“ sei für die CDU-Fraktion ein überaus positives und kein beklagenswertes Thema. Er räumte ein, in manchen Regionen der Bundesrepublik seien die Folgen des Truppenabbaus gewichtiger als in NRW. In den großen Städten des Landes werde sich der Abbau der Truppen eher positiv auswirken. Manches militärische Gelände – z. B. Düsseldorf und Köln – habe bisher eher städtebauliche Entwicklung blockiert und könne in Zukunft eine Bereicherung der Stadtentwicklung sein. Ferner biete der Abzug der Truppen gerade in Verdichtungsgebieten Möglichkeiten, die Wohnraumsituation zu entlasten und dem Wohnungsmarkt freie Kapazitäten zuzuführen. Risiken träten auf, wenn es wider Erwarten auch in strukturschwachen ländlichen Regionen zum Truppenabbau komme. Der Abgeordnete nannte die Region Rheine. Dort seien rund 5000

ren Folgen des Truppenabbaus auf Grundstücke und Wohnungen scheine mit der SPD zumindest Konsens darin zu bestehen, daß freiwerdender Wohnraum auch tatsächlich in vollem Umfange sozialgebunden bleiben solle. „Ich bin allerdings einmal gespannt, wie belastbar dieser Konsens auch in Zukunft sein wird, wenn es nämlich konkret wird“, merkte Busch an. Die Überschrift „Entmilitarisierung“ im Grünen-Antrag formuliere einen sehr weitreichenden Anspruch, nämlich den Verzicht auf militärische Mittel. Diesen Anspruch wolle man nicht aufgeben, auch wenn er zur Zeit noch in weiter Ferne zu liegen scheine. Er erinnerte ferner daran, daß in der Rüstungsindustrie ein Drittel der Arbeitsplätze in aller nächster Zeit zur Disposition stünden. Da entstehe ein noch größeres Problem.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) notierte eine Zunahme an Erkenntnissen



Risiken und Möglichkeiten: v.l. Helga Gießelmann (SPD), Laurenz Meyer (CDU), Hagen Tschöeltsch (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) und Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD).
Foto: Schüler

Helga Gießelmann (SPD) vertrat die Ansicht, die freiwerdenden, bisher vom Militär genutzten Flächen könnten einer ökologischen, einer städtebaulichen und wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden. Der Antrag der SPD gehe davon aus, daß der geplante Abzug von Stationierungsstreitkräften und die angekündigte Reduzierung von Bundeswehreinheiten negative Auswirkungen auf die regionalen Arbeitsmärkte, die regionale Wirtschaftsstruktur und Zivilbeschäftigte zur Folge haben könnten und für diese ein Handlungsrahmen möglicher Hilfe entwickelt werden müsse. Der Änderungsantrag der Grünen ziele außer auf die Standortkonversion auch auf die Rüstungskonversion ab. Dieses sei sicherlich ebenfalls wichtig, auch „nach unserer Meinung“. Zur Truppenreduzierung sagte der Abgeordnete, zuerst einmal müßten Zahlen und Regionen feststehen, und die solle die Landesregierung zur Verfügung stellen. Danach könne man auch über Rüstungskonversion sinnvoll reden. Sie erläuterte weiter, der Entschließungsantrag der CDU stimme in weiten Teilen „mit unserem Antrag“ überein. Die Einigung auf einen gemeinsamen Antrag sei leider gescheitert. Zu den inhaltlichen Unterschieden zählte Frau Gießelmann, daß die SPD von der Verantwortung des Bundes für alle Kriegsfolgenlasten ausgehe, und die freiwerdenden Wohnungen dem sozialgebundenen Wohnungsmarkt kostengünstig zur Verfügung gestellt werden sollten.

Arbeitsplätze durch den Truppenabzug in Frage gestellt. Die Bundeswehr sei in diesem Gebiet der größte Arbeitgeber. Gemeinden, Land und Bund trügen die Verantwortung für die regionalpolitische flankierung des Truppenabzugs.

Hagen Tschöeltsch (F.D.P.) sagte, wer in der Politik seriös bleiben wolle, dürfe nicht vor Ort allen, aber auch wirklich allen Initiativen nach dem Munde reden, in der Hoffnung, es werde schon niemand das unselige Spiel bemerken. Die einen forderten die Umwandlung militärisch genutzter Liegenschaften in Naturschutzgebiete. Die anderen forderten die Umwandlung derartiger Areale in Gewerbe- und Industrieflächen. Alle bisher im Umlauf befindliche Daten und Fakten würden von Provinzfürsten benutzt, um bei nicht informierten Bürgern Aktionismus vorzutauschen. „Doch das alles ist zur Zeit ein Herumstochern im Nebel“, meinte der Abgeordnete. Zunächst müsse ein neues NATO-Verteidigungskonzept entwickelt werden. Dann werde sich herausstellen, welche Verteidigungswaffen künftig gebraucht würden. Erst zu diesem Zeitpunkt sei man in der Lage, zu ermitteln, welche bisher militärisch genutzten Liegenschaften noch benötigt würden.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) schlug vor, dahingehend Einigkeit zu erzielen, gemeinsame Programme von Bund und Land zu fordern. Bezüglich der unmittelba-

aus dem Militär seit einem halben Jahr. NRW habe an Einwohnern gemessen überproportional viel Raum für Truppen abgegeben und weise nach Bayern mit 147 500 Soldaten die höchste Zahl auf. Die wirtschaftliche Bedeutung des Militärs sei nicht so groß wie möglicher Gewinn von Liegenschaften und Einrichtungen. Für viele Regionen und einzelne Gemeinden sei das Militär jedoch bedeutend. Bei der Frage nach Truppenabzügen sei noch alles offen. Es werde empfindliche Einbußen an Kaufkraft und Nachfrage gewerblicher Leistungen geben, wenn Standorte aufgegeben würden. Wegen der Folgen für Zivilbeschäftigte und wegen der mit Truppen verbundenen Belastungen halte die Regierung engen Kontakt mit dem Verteidigungsministerium. Entscheidungen sollten so getroffen werden, daß Abzüge möglichst aus strukturstarken Regionen erfolgten, daß freiwerdende Liegenschaften völlig geräumt, nicht nur ausgedünnt würden. In NRW werde 1,4 Prozent der gesamten Landesfläche militärisch genutzt, allein in Köln elf Prozent der Stadfläche. Die meisten Liegenschaften befänden sich in Bundesbesitz, der Bund wolle diese veräußern, möglichst zum Marktwert. Die meisten Wohnungen der Streitkräfte seien privat angemietet. Nur 600 seien Landeseigentum. Die zitierten Äußerungen zur Strukturförderung stellte der Minister richtig: ganz ohne Geld sei schwachen Gemeinden nicht zu helfen.

Fortsetzung Seite 8

Konsensbemühte Debatte über Situation der Polizei in Nordrhein-Westfalen

Liberales: Die Lage ist katastrophal SPD warnt vor falschem Horrorgemälde

Einstimmig hat am 12. Dezember der Landtag nach ausführlicher Debatte den F.D.P.-Antrag „Auf Kernaufgaben der Landespolitik konzentrieren — Sofortige Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Polizei“ (Drs. 11/795) zur weiteren Beratung an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) wies darauf hin, daß ihre Fraktion mit dem jetzigen Antrag nur das wiederhole, was sie schon vor einem Jahr, vergeblich, weil damals angeblich kein Handlungsbedarf bestand, gefordert habe. Die Lage bei der Polizei des Landes sei nach wie vor katastrophal; bei 4,4 Millionen Überstunden und bei den Belastungen der Beamten könne nicht mehr davon geredet werden, daß die innere Sicherheit gewährleistet sei. Jetzt, wo kein Wahlkampf sei, unterbreite die F.D.P. erneut ihre Vorschläge und biete das Gespräch über die Probleme an. Wenn der Finanzminister in der vorangegangenen Estateinbringung angekündigt habe, „wir sorgen für öffentliche Sicherheit, wir verstärken die Polizei“, dann sei das ein Tropfen auf den heißen Stein. Nach Ansicht ihrer Fraktion könne die Polizeidichte nicht zugrundegelegt werden, vielmehr müsse man an die Schwerpunkte organisierter Kriminalität, Gewaltkriminalität, Tageswohnungseinbrüche und Rauschgiftkriminalität heran. Dann sei zu überlegen, welche bisherigen polizeilichen Aufgaben an andere, an Ordnungs- und Sozialämter, übergehen können, damit die Polizei nicht immer weiter „die Feuerwehr für andere Behörden spielen muß“. Es sei zu prüfen, welche Ordnungs-, Büro- und reine Schutzaufgaben ohne hoheitliche Funktion an zuverlässige Sicherheitsunternehmen unter Kontrolle der Polizei übertragen werden können. So sei auch zu überlegen, ob die Polizei weiterhin die Sicherheit bei Bundesligaveranstaltungen übernehmen müsse.

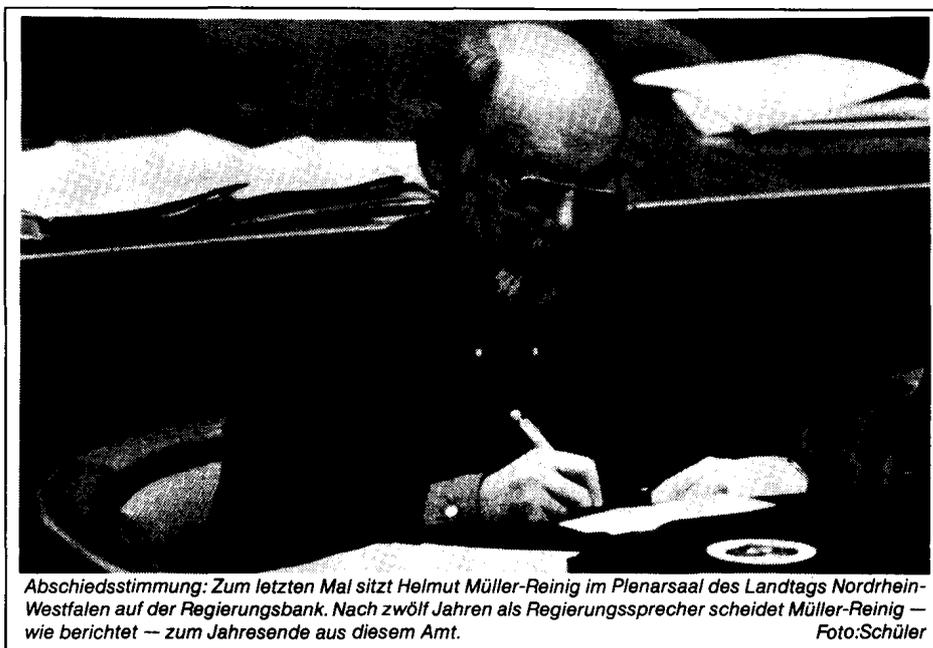
Stefan Frechen (SPD) wertete den Antrag als verspätet; was in ihm gefordert werde, laufe bereits. Der Antrag sei nichts als eine „Beschreibung von Katastrophenstimmung, wie sie mit der Wirklichkeit in diesem Lande nicht übereinstimmt“. Damit werde nur die Polizei verunsichert und in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Auch die SPD sei für die Einstellung von mehr Polizisten, und wenn die Funktionsanalyse vorliege, müsse man darüber diskutieren, ob nicht zumindest Teile der Schutzpolizei in den gehobenen Dienst überführt werden können. Die SPD sei weiterhin dafür, den gesamten mittleren Dienst der Kriminalpolizei in den gehobenen Dienst zu überführen. Auch bei der Aus- und Fortbildung wolle man einen Schwerpunkt setzen. Bleibe die Ausstattung; bei der ADV-gestützten Kommunikation liege die Polizei unter dem Niveau des Standards in Wirtschaft und Verwaltung. Aber hier seien Verbesserungen in Sicht.

Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (CDU) bezeichnete seinen Vorredner als das „inkarnierte schlechte Gewissen“, wenn er dafür plädiere, kein Horroszenario auszubreiten. Aber wann habe es schon einmal

den Vorgang gegeben, daß die Polizei auf die Straße gegangen sei, um ihre Interessen zu vertreten und um die Bürger um Solidarität zu bitten. In seiner „Arroganz der Macht“ erkenne der Innenminister aber wohl nicht mehr, welche Probleme der Polizist vor Ort habe. Seine Fraktion stimme dem F.D.P.-Antrag weitgehend zu, er habe einen Sachverhalt zum Inhalt, den die CDU seit zehn Jahren nicht müde werde, aufzuzeigen. Der Abgeordnete ging auf die Probleme der Polizei im Bereich der Personalausstattung und technischen Ausrüstung näher ein und forderte als Konsequenz von der Landesregierung ein Sofortprogramm, „um alle erforderlichen Schritte zur personellen und materiel-

sei verkürzt worden und die personelle Verstärkung habe nicht Schritt gehalten. Der F.D.P.-Antrag stamme aus dem Wahlkampf, er verkleide „als Forderung nur das, was die Verwaltung des Innenministeriums seit langem betreibt“. Im Grunde hätten die Liberalen einen alten Antrag nur mit einem neuen Datum versehen. Der Minister wörtlich: „Getretener Quark wird breit, nicht stark.“ Im übrigen müsse er daran erinnern, daß es die F.D.P. gewesen sei, die im Bundestag die nordrhein-westfälische Gesetzesinitiative zur organisierten Kriminalität zu Fall gebracht habe. Es sei unbestritten, daß die Polizei in den nächsten Jahren kontinuierlich verstärkt werden müsse.

Heinz Paus (CDU) zollte den Bemühungen des Innenministers gegen die organisierte Kriminalität Lob und bedauerte zugleich die Haltung der F.D.P. in dieser Frage: „Ich



Abschiedsstimmung: Zum letzten Mal sitzt Helmut Müller-Reinig im Plenarsaal des Landtags Nordrhein-Westfalen auf der Regierungsbank. Nach zwölf Jahren als Regierungssprecher scheidet Müller-Reinig — wie berichtet — zum Jahresende aus diesem Amt.

Foto:Schüler

len Verstärkung unserer Polizei zu unternehmen“.

Gerhard Mai (DIE GRÜNEN) begrüßte den Anstoß dieser Debatte durch die Liberalen. Die physische und psychische Überlastung nehme zu, der Arbeitsdruck sei dramatisch angestiegen, die Aufklärungsquote von Verbrechen auf unter 40 Prozent gesunken. In einer solchen Lage reichten immer weitere finanzielle Mittel und zusätzliche Kompetenzen nicht aus, „vielmehr geht es darum, die Ziele und Organisationsformen der polizeilichen Tätigkeiten zu bestimmen“. Für seine Fraktion sei dabei die „demokratische Formierung der Polizei außerordentlich wichtig“. Dabei könnte der Polizei nicht weiter zugemutet werden, gesellschaftliche Probleme aus der Welt zu schaffen. Da die überwiegende Zahl von Konflikten und Straftaten lokaler Natur seien, plädiere seine Fraktion für ein „kleinräumiges und leicht erreichbares Netz von Revieren, in dem alle kriminal- und schutzpolizeilichen Dienste rund um die Uhr wahrgenommen werden könnten“.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) bestritt nicht die schwierige Situation der Polizei: Die Aufgaben seien gewachsen, die Arbeit habe sich verdichtet, die Arbeitszeit

hoffe, daß das jetzt in den Koalitionsverhandlungen repariert und umgesetzt werden kann.“ Für den Minister werde die Lage von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung immer schwieriger; in Teilbereichen würden Hoffnungen geweckt, „die Sie auch im vorliegenden Haushalt 1991 wieder um so bitterer enttäuschen müssen“. Die Gewerkschaft beziffere unwidersprochen den Stellenbedarf auf 9300 Beamte, und dann werde ein Entwurf vorgelegt, der nicht einmal 500 zusätzliche Anwärterstellen aufweise.

Egbert Reinhard (SPD) wies die Formulierung des Antrags zurück, die Polizei sei nicht handlungsfähig. Das sei eine „Beleidigung unserer Polizei in Nordrhein-Westfalen“. Die SPD mache nicht mit, private Sicherheitsunternehmen bei öffentlichen Veranstaltungen einzusetzen, betonte Reinhard, man dürfe den öffentlichen Dienst nicht privatisieren. „Ich sage Ihnen ganz offen: Ich will keine Schwarzen Sheriffs auf Schalke haben“, fuhr der Gelsenkirchener Abgeordnete fort.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) meinte, die SPD müsse doch merken, daß alle willens seien, jetzt an die besonderen Probleme heranzugehen: „Sträuben Sie sich doch nicht mit Händen und Füßen“, riet sie, „wir wollen Ihnen doch nichts!“

Truppenabbau...

Fortsetzung von Seite 6

Peter Bensmann (CDU) stimmt dem Ziel zu, Standorte nicht nur ausdünnen, sondern ganz neue Nutzungen anzustreben. Die Bundeswehr habe als Wirtschaftsfaktor 1989 2,1 Milliarden Mark ausgemacht, davon hätten die Kommunen und das Land profitiert. Die CDU halte nichts davon, Wohnungen dem Land zu übereignen. Der freie Markt könne bessere Wohnungspolitik machen. Für die 20000 Zivilbeschäftigten bei alliierten Streitkräften werde wegen schlechter sozialer Sicherung aufgrund der Rechtslage von 1957 eine nachträgliche Selbstbindung der Arbeitgeber angestrebt. Ein Regierungsbericht zum 1. Februar sei zu früh.

Jürgen Jentsch (SPD) sagte, als Folgen der Abrüstung dürften nicht die Menschen, die Branchen, die Regionen zu Opfern werden. Ökologische Umgestaltung und soziale Sicherheit sowie Dritte Welt zeigten den riesigen Handlungsbedarf. Dafür trage jetzt der Staat, der früher Streitkräfte vorrangig bedient habe, die Verantwortung. Beim Umbau müsse gemeinsam mit den Betroffenen geplant, Alllasten beseitigt werden. Abrüstungskosten seien Kosten der Aufrüstung, sie dürften nicht dem Land aufgehalst werden. Das Verursacherprinzip müsse angewandt werden. An den Wohnungen dürften sich private Wohnungshaie nicht bereichern. Die im Bundesbesitz befindlichen 16500 Wohnungen sollten dem örtlichen sozialen Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) meinte, die erfreuliche politische Entwicklung von 1990 müsse auch für NRW positiv dargestellt werden. Die Angstmacherei des Vorredners sei bedauerlich. Veränderungen für die Menschen müßten auch benannt werden. Es gehe darum, die Folgen von Truppenabzügen abzumildern. Subventionsforderungen seien aber nicht der richtige Weg. Liegenschaften müßten auch von Privatleuten erworben werden können.



Im Foyer des Landtags hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (am Pult) die Ausstellung „Wir Deutschen und unsere östlichen Nachbarn“ eröffnet. Seit 35 Jahren werde dieser Schülerwettbewerb durchgeführt, berichtete die Präsidentin, zunächst nur in Kamen, dann im Kreis Unna, seit 1963 flächendeckend im gesamten Land NRW. Teilgenommen hätten in diesen Jahren mehr als zwei Millionen Schülerinnen und Schüler aller Schularten und -stufen. Das sei ein großer Erfolg und er habe nicht nur bei den Teilnehmern, sondern auch bei deren Familienangehörigen und Freunden viel in der Einstellung der Menschen zu den östlichen Nachbarn bewegt. Nicht zuletzt die jüngsten Hilfsmaßnahmen von Millionen deutscher Bürger für die Sowjetunion zeugen von dieser gewandelten Einstellung. Durch die große Anteilnahme weiter Kreise der deutschen Bevölkerung an den Geschehnissen in der Sowjetunion habe auch das diesjährige Motto des Schülerwettbewerbs „Unser Verhältnis zu den Völkern der Sowjetunion in Geschichte und Gegenwart“ besondere Aktualität gewonnen. Abschließend dankte die Präsidentin allen Preisträgern des Schülerwettbewerbs. (Foto: Schüler)

NRW-Haushalt...

Fortsetzung von Seite 4

rund 17,8 Milliarden Mark, das seien etwa 32 Prozent aller Steuereinnahmen und rund 27,6 Prozent der Gesamtausgaben des Landes ohne Zinsen. Auch wenn die gewerbesteuerumlage aus den Verbundgrundlagen herausgenommen worden sei, so ergebe sich eine Steigerung des allgemeinen Steuerertrags 1991 gegenüber dem laufenden Jahr um 1,3 Milliarden Mark. Als letzten Schritt zu einer bedarfsgerechteren Verteilung nannte er die Hauptansatzstaffel, die den höheren fiktiven Finanzbedarf der großen Städte noch genauer berücksichtige, „damit die großen Städte mehr als bisher an der zu verteilenden Finanzmasse für Schlüsselzuweisungen teilhaben“. Dies sei Folge der Umsetzung der Empfehlungen der Gutachterkommission, die vorgeschlagen habe, an der überkommenen Hauptansatzstaffel festzuhalten. Auch bei der Verteilung der Investitionspauschale folge der Entwurf dem Gutachten, die Mittel würden künftig zu fünf Sechsteln nach der Einwohnerzahl und zu einem Sechstel nach der Gebietsfläche verteilt. Schnoor zusammenfassend: „Mit der Realisierung des Gesetzentwurfs werden wir einen Finanzausgleich haben, der den finanzwirtschaftlichen Anforderungen und den strukturpolitischen Notwendigkeiten gleichermaßen Rechnung trägt.“

Als besonderen Schwerpunkt des Entwurfs nannte der Minister die konzentrierte Schuldenentlastung für die sogenannten Ausgleichsstockgemeinden, damit solle den Gemeinden, die mitunter seit Jahren schon Einschränkungen bei ihrer Handlungsfähigkeit hinnehmen müßten, geholfen werden, ihr Selbstverwaltungsrecht in eigener Verantwortung ausüben zu können.

Als Beispiel für das Zusammenstehen von Land und Gemeinden führte Schnoor den Fonds „Deutsche Einheit“ an. Es werde manchmal übersehen, welche Kosten Land und Gemeinden damit übernehmen. In dem vorliegenden Entwurf sei sichergestellt, „daß die Kosten gerecht verteilt werden“.

Landtagswahleinspruch:

Unterschiedliche Rechtsmeinungen

Bei drei Stimmenthaltungen ist der Landtag mit Mehrheit am 12. Dezember dem Beschlußvorschlag des Rechtsausschusses (Drs. 11/818) gefolgt, die Beschwerde von Petra Böckelmann gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags für zulässig, aber nicht begründet zu erklären.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) umriß die Konfliktlage so: Zum einen die strengen Anforderungen, die das Wahlprüfungsrecht an die Auszählung von Stimmen und die Feststellung des Ergebnisses stellt und zum anderen das Ergebnis, daß die Nachzählung mit sich gebracht habe. Nach Ansicht der CDU habe der Wahlprüfungsausschuß des Landtags seine Befugnis überschritten, als er die Nachzählung im gesamten Wahlkreis und nicht nur in dem Umfang veranlaßt habe, den die Einspruchsführerin umrissen habe. Außerdem sei die Nachzählung nicht öffentlich, sondern „verwaltungsintern“ gewesen.

Dr. Dieter Haak (SPD) trat für eine klare Darstellung der Rechtsauffassung des Landtags gegenüber dem Verfassungsgerichtshof ein. Es gehe um die Fragen, ob die Nachprüfung öffentlich gewesen sei und ob die Anfechtung hinreichend benannt und bestimmt begründet worden sei. Der Einspruch der Bürgerin habe sich auf den gesamten Wahlkreis bezogen, die Begründung sei „nach meinem Dafürhalten ohne Zweifel hinreichend und ausreichend“. Der Wahlprüfungsausschuß habe rechtmäßig gehandelt.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) plädierte dafür, daß der Landtag in der Sache keine Stellungnahme abgeben sollte, darum werde seine Fraktion der Beschlußempfehlung nicht zustimmen. Er halte es für „unglücklich“, wenn ein Kollege dem anderen indirekt vorwerfe, er wolle mit seiner Meinung dem Willen des Volkes weniger entsprechen.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) nannte die ganze Sache peinlich in mehrfacher Hinsicht: Weil ein solch gravierender Zählfehler passiert sei, peinlich sei das parteitaktische Verhalten der CDU, am peinlichsten sei aber das Verhalten der Bewerberin selbst, „die sich ins Parlament zu klagen versucht“. Es liege im Ermessen der Wahlprüfung, eine umfassende Prüfung anzuordnen, auch wenn Unregelmäßigkeiten nur in einzelnen Stimmbezirken zu vermuten seien.

Hartmut Schauerte (CDU) schloß unterschiedliche Bewertungen nicht aus und hielt es darum für angemessen, dem Verfassungsgericht die Entscheidung zu überlassen und diese dann zu akzeptieren.

Loke Mernizka (SPD) erinnerte daran, daß es nicht seine Fraktion, sondern die CDU war, die das Verfahren in dieser Richtung betrieben habe. Schließlich habe die CDU im Wahlprüfungsausschuß dafür mitgestimmt, daß das Ergebnis im gesamten Wahlkreis zu überprüfen sei. Wenn man das festgestellte Ergebnis vor Gericht korrigieren lassen wolle, „dann weiß ich nicht, was Mehrheitsergebnisse in einer Demokratie noch bedeuten“.

Opposition verlangt: Kosten der Kampagne zurück in Staatskasse

SPD: Abfallvermeidung war im Frühjahr 1990 dringend

In der von den Fraktionen der CDU, F.D.P. und GRÜNEN beantragten Aktuellen Stunde am 13. Dezember verlangten die Redner der Opposition die Rückzahlung der fünf Millionen Mark Kosten für die Abfallkampagne des Umweltministers, da im Landtagswahlkampf und am Parlament vorbei Parteiwerbung vorgenommen worden sei. Ministerpräsident Rau, Finanz- und Umweltminister sowie Redner der SPD-Fraktion wiesen auf sachliche Zwänge durch nicht eingehaltene Müllvermeidungsvorgaben hin.

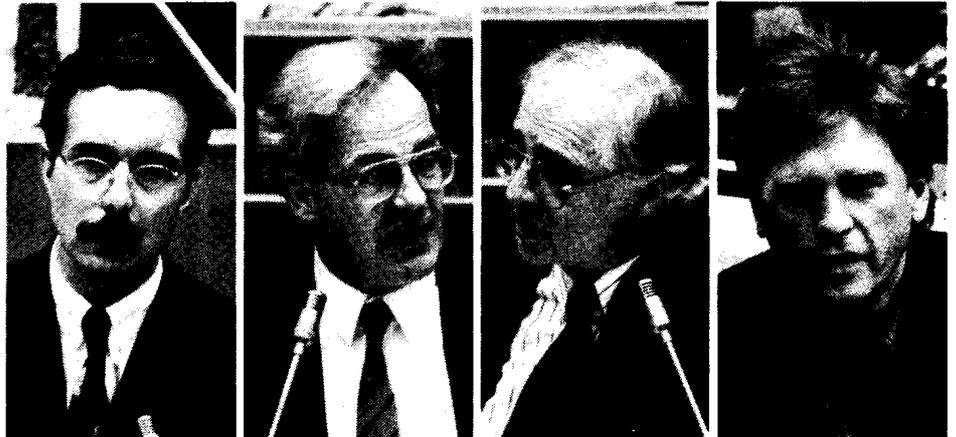
Hartmut Schauerte (CDU) bezeichnete es als außergewöhnlich, daß eine Aktuelle Stunde von allen drei Oppositionsfraktionen unmittelbar nach Bekanntwerden des Rechnungshof-Gutachtens beantragt worden sei. Das Gutachten gebe der Opposition recht, daß es sich bei der Abfallkampagne um unzulässige Wahlwerbung und einen Verstoß gegen das Budgetrecht handele. Das einfachste wäre, wenn sich die SPD der Forderung anschliesse: fünf Millionen zurück in die Landeskasse. Es liege der Tatbestand der Veruntreuung von Landesmitteln vor. Eigentlich müsse die Staatsanwaltschaft von sich aus ermitteln.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) widersprach, Umweltminister Matthiesen habe sich über Rechtsvorschriften hinweggesetzt. Der Landesrechnungshof sei keine vierte Staatsgewalt. Seine Beanstandungen gäben dem Parlament bessere Kontrollmöglichkeiten, aber nicht die Grundlage für eigenes Recht. Unerwartet erhebliche Defizite bei Abfallvermeidung und -bewertung hätten ihm und Matthiesen vorgelegen. Es mußte gehandelt werden. Aus der Sicht der Behörden sei die Kampagne notwendig gewesen. Bei Unterlassung wäre die Umwelt beeinträchtigt worden.

Der Landtag habe die Regierung zur Verwendung von Verstärkungsmitteln befugt. Die Mehrausgaben sollten flexibler eingesetzt werden können, das sei jahrzehntelang so praktiziert worden.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) warf dem Minister absolutistisches Staatsverständnis und ökologische Inkompetenz vor. Dem Rechnungshof gebühre Dank und Anerkennung für die Veröffentlichung, an dem erhebliches Interesse bestehe. Der Umweltminister „blauäugelte“, die Kampagne habe nichts mit Wahlkampf zu tun, da sein Name nicht vorkomme und der Zeitpunkt logisch gewesen sei. Damals hätten die Mittel noch locker im Haushaltsplan untergebracht werden können. Der Müllnotstand habe schon vorher bestanden. Um das „Doppelpingpong“ starker Worte gegen die Praxis im Bund und in Ländern endgültig zu beenden, solle aus dem Urteil des Gerichts ein Bundesgesetz gemacht werden.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, meinte, ein effektiver Wahlverteidiger wäre für die Regierung besser gewesen als „der Pflichtverteidiger Schleußer“, dem er ein etwas perverses Rechtsverständnis vorwarf. Das Haushaltsrecht des Landtags habe absoluten Vorrang vor jedem Notbewilligungsrecht des Finanzministers. Die Kampagne sei nicht unabweisbar und zu diesem Zeitpunkt notwendig gewesen. Der



Stellungnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit des Umweltministers (v. l.): Hartmut Schauerte (CDU), Reinhold Trinius (SPD), Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüler

Rechnungshof sei der Opposition gefolgt und habe bestätigt, daß der Minister gegen Grundgesetz, Landesverfassung und Haushaltsgesetz verstoßen habe. „Zahlen Sie das Geld an den Steuerzahler zurück!“ schloß Dr. Rohde.

Reinhold Trinius (SPD) sagte, der Landesrechnungshof habe verkannt, daß politisches Handeln erforderlich gewesen sei trotz Wahltermin. Die Kommunen und Kreise hätten die Vorgaben, 15 Prozent Müll zu vermeiden und 30 Prozent einzusparen, nicht eingehalten. Auch die Bevölkerung habe ihr Verhalten nicht geändert. Das Motiv für die Kampagne werde vom Rechnungshof verkannt. Ohne Not habe er sich ferner in eine Verfassungsmäßigkeitsdiskussion eingelassen und seine Grenzen überschritten.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) bestand ebenfalls auf der Kampagne, die aus rein sachlichem Anlaß gestartet worden sei, um die Abfallwirtschaft steuern zu können. Die Bevölkerung habe auf die verschärfte Problematik hingewiesen werden müssen. Solche Abfallvermeidungskampagnen müßten künftig sogar fortgesetzt werden. Um Sympathiewerbung oder Parteinarbeit sei es überhaupt nicht gegangen. Auch Bundesminister Blüm habe für seine Politik vor der Wahl geworben. Die Landesregierung stehe zu Aufklärungsaktionen in schwierigen Politikbereichen.

Lothar Hegemann (CDU) erkannte hervorragende Leistungen des Umweltministers an, seine Anliegen in den Medien unterzubringen. Er komme nicht nur als „Molke-Rambo“ und mit Kalbmäster-Horrorgeschichten, sondern auch mit kleinen Dingen über. Mit allen Peanuts sei er in die parlamentarischen Gremien gegangen, nur mit dem Müllnotstand nicht. Zur Verrechnung der Kampagne könne man auch an die Wahlkampfkostenerstattung denken.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) kritisierte zu viele Verbalinjurien in der Debatte und verwies auf die Organklage beim Verfassungsgericht, wo es um grundsätzliche Entscheidung darüber gehen werde, was amtierende Minister für Öffentlichkeitsarbeit während eines Wahlkampfes machen dürften. Die Grenze müsse genauer gezogen werden. Er gehe guten Gewissens nach Münster und werde nach der Entschei-

dung des Verfassungsgerichts im Parlament eine Regierungserklärung abgeben.

Klaus Strehl (SPD) sagte, der Opposition gehe es darum, der Regierung die Informationspolitik zu reduzieren und den Umweltminister zu diskreditieren, der in den letzten Jahren eine Größe im Umweltschutz geworden sei. Bei der Kampagne habe es einen sachlichen Informationsservice gegeben, keinerlei Hervorhebung einer Partei oder eines Politikers. Wer Abfallvermeidung nicht nur als Schlagwort ansehe, sondern dahinterstehe, könne sich auf eine solche scheinheilige Argumentation nicht einlassen.

Helmut Diegel (CDU) verwies auf einen Gesetzentwurf der CDU über die Öffentlichkeitsarbeit in Vorwahlzeiten vom 5. Dezember 1990, worin den NRW-Staatsorganen untersagt werden solle, in amtlicher Funktion die Entscheidung des Wählers durch Einsatz staatlicher Mittel zu beeinflussen. Er dankte dem Rechnungshof, den Skandal aufgedeckt zu haben.

Zur Rückzahlung müsse die Regierung jeden Monat 40000 Mark bis 1995 hinblättern. Unglaublich sei das Verhalten der SPD im Ausschuß für Haushaltskontrolle.

Rudolf Wickel (F.D.P.) meinte als Haushaltspolitiker, das Parlament habe eine Eiterbeule aufgestoßen. Die Kritik am Rechnungshof zeige unerträgliches Verhalten der absoluten Mehrheit. Den Umweltminister hätte der TÜV Rheinland belehren können, daß Kampagnen auf lange Frist nicht zum Erfolg führten und keinerlei Wirkung zeigten.

Gerhard Mai (DIE GRÜNEN) äußerte, ihm gehe es um Einsicht, daß überzogen worden sei, um die Rückzahlung und eine Entschuldigung vor dem Parlament. Unwahr sei die Begründung Wegfall der DDR-Deponie Schöneberg, da es dort um Sondermüll gegangen sei. Statt wirksamer Vermeidungskonzepte sitze der Minister in einem Boot mit der Industrie. Das Verhalten müsse durch Ordnungsrecht und finanzielle Anreize beeinflusst werden.

Günter Harms (SPD) bezweifelte die Fachkompetenz des Fünften Senats, über die Dringlichkeit der Kampagne zu entscheiden. Im übrigen seien Appelle an die Selbstbeschränkung keinesfalls nur populär. Wahl-

Fortsetzung Seite 13

Integrierter Landbau als Chance für den Bauern und die Natur

Der Landtag hat den Antrag der CDU-Fraktion „Integrierter Landbau – Chance für die Landwirtschaft und den Naturschutz“ (Drs. 11/715) einstimmig an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz überwiesen. Der Antrag der SPD-Fraktion „Umweltschutz und Landwirtschaft – umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 11/803) wurde ebenfalls angenommen. Ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/864) fand keine Zustimmung.

Eckhard Uhlenberg (CDU) verwies darauf, naturwissenschaftliche Erkenntnisse hätten in den letzten Jahrzehnten das Leben auf dem Lande verändert. Dazu gehöre die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und die Düngung. Gerade diese Produktionsmethoden stünden heute in der Kritik. An diesem Punkt setze das Konzept des integrierten Landbaus an. Man wolle keinen Landbau ohne Beachtung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, aber man brauche einen Landbau, der diese Erkenntnisse in eine umweltschonende Bewirtschaftung umsetze. Schwerpunkte dieses Konzeptes seien standortgerechter Pflanzenbau, abgestimmt auf die natürlichen Gegebenheiten, nachhaltige Sicherung der Bodenstruktur und der Bodenfruchtbarkeit, Vermeidung der Belastung der Naturhaushalte durch Stoffeinträge oder andere Folgen der Bewirtschaftungsmaßnahmen, durch bedarfsgerechte Düngung sowie Erhalt und Pflege typischer Landschaftselemente. Nach Auffassung der CDU-Fraktion stelle der integrierte Landbau einen entscheidenden Ansatz für die Lösung der Probleme im Bereich des Bodens, des Wassers und des Naturschutzes dar.

Johannes Gorlas (SPD) begrüßte die Feststellung, daß es zwischen der Landwirtschaft und dem Schutz von Natur und Landschaft eine sinnvolle, eine notwendige Verbindung geben müsse. Daß Landwirtschaft nur eine Perspektive haben könne, wenn sie umweltschonend und die Standortgegebenheiten berücksichtigend betrieben werde, sei allerdings eine Erkenntnis, die man von der CDU-Fraktion früher so nicht gehört habe. Der Abgeordnete kritisierte ferner, die CDU beziehe sich in ihrem Antrag auf die Agrarministerkonferenz von 1987 und spreche von integriertem Landbau, den der Landtag doch für gut halten solle. In dem Beschluß der Agrarministerkonferenz sei davon überhaupt keine Rede. Die CDU solle sagen, was sie meine, „was wir hier in Nordrhein-Westfalen und auch andere den integrierten Pflanzenbau nennen“. Dann könne man sich sicherlich verständigen.

Friedel Meyer (F.D.P.) meinte, es liege klar auf der Hand, daß sich aus der Verbindung des integrierten Pflanzenbaus mit der darauf abgestimmten Viehhaltung gute Chancen für den Landbau ergeben könnten. Damit wäre ein weiterer Schritt getan, die ökologischen und ökonomischen Ziele in der Landwirtschaft einander näher zu bringen und langfristig zu sichern. Um die auf der Agrarministerkonferenz am 27. September 1987 gefaßten Beschlüsse zur ordnungsgemäßen Landwirtschaft umzusetzen, bedürfe es aber finanzieller Ausgleichs und Entschädigungen für die Landwirtschaft. Ohne finanzielle Hilfen, die aus Landesmitteln entrichtet werden müßten, finde diese Produktions-

richtung in der Landwirtschaft kaum Anklang. Betriebe, die integrierten Landbau praktizierten, hätten im Verhältnis zu konventionell wirtschaftenden Betrieben, die sich auf ein bestimmtes Produktionsverfahren spezialisiert hätten, einen weit höheren Arbeitsbedarf, aber weniger Einnahmen. Der höhere Arbeitsbedarf resultiere in erster Linie aus dem vielfältigen Anbau- und Fruchtfolgesystem im integrierten Landbau.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) betonte, es liege im Interesse der Landwirtschaft selbst, den ökologischen Belangen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Leider zwängen sinkende Erzeugerpreise aber zu ständiger Rationalisierung, und verschärfte Rationalisierung bedeute in der Regel weniger Ökologie. Dies zu durchbrechen, liege nicht allein in der Macht und der Kraft des



Ilse Oel (CDU, r.) hat aus den Händen von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande entgegengenommen. In ihrer Laudatio erinnerte die Präsidentin daran, daß Frau Oel von 1985 bis zum Mai dieses Jahres CDU-Landtagsabgeordnete gewesen sei und dem Fraktionsvorstand angehört habe. Sie habe ihr parlamentarisches Mandat mit großem persönlichen Einsatz, Sachkenntnis und Tatkraft ausgeübt, betonte die Präsidentin.

Foto: Schüler

einzelnen Bauern und der einzelnen Bäuerin. Dieses Problem könne auch der integrierte Pflanzenbau nicht lösen, ja dies könne auch der „von uns selbst so geliebte biologische Landbau“ nicht schaffen. Der ökologische Landbau stelle zwar durch seine spezifische Wirtschaftsform die naturverträglichste Landbaumethode dar, gebe aber keine Antwort auf die Probleme des Strukturwandels.

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) erklärte, mit dem Programm zur umweltverträglichen und standortgerechten Landwirtschaft würden die Ziele des Natur- und Umweltschutzes und die Erhaltung der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe ausdrücklich gleichrangig verfolgt. Inhaltliche Schwerpunkte seien der integrierte Pflanzenbau, naturnahe Betriebssysteme, tieregerechte Haltungen- und Fütterungsverfahren und konkrete Naturschutzprogramme. Im Rahmen des Programms

seien in den letzten vier Jahren 225 größere Untersuchungs- und Forschungsprojekte bearbeitet worden. Die Landesregierung habe für den Forschungsbereich insgesamt 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Man fördere auch verstärkt den ökologischen Landbau. Für Entwicklungsprojekte der Landesorganisation des ökologischen Landbaus habe man allein in den letzten fünf Jahren 1,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die CDU springe mit ihrem Antrag „Integrierter Landbau“ auf einen längst schon abgefahrenen Zug auf.

Heinrich Kruse (CDU) nahm den Ball auf. Der Minister habe davon gesprochen, daß die CDU auf einen fahrenden Zug aufgesprungen sei. „Ich sage Ihnen: Ihre Züge stehen seit Jahren auf dem Abstellgleis. Sie werden mit großem Brimborium der Öffentlichkeit vorgestellt, da gibt es x Programme, ganze Kellerräume liegen voll davon.“ Wenn man nach Jahren sehe, was daraus geworden sei, müsse man feststellen: Fehlangeige! Nichts sei gelaufen, nichts sei umgesetzt worden, es sei nur Papier produziert worden. Zum Thema „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ sagte der Abgeordnete, derjenige Landwirt, der seinen Boden ausmergele, auspowere, um seinem Sohn oder seiner Tochter irgendwann einmal einen Hof zu vererben, der nicht mehr ertragsfähig sei, müsse ja verrückt sein. Das sei völlig unwirtschaftlich. Den schwarzen Schafen müsse auf die Zehen getreten werden. Die normalen landwirtschaftlichen Betriebe, die ordnungsgemäße Landwirtschaft betreiben wollten, müßten dazu entsprechende Unterstützung haben.

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) merkte in einem weiteren Beitrag an, man müsse zum Schluß die politische Konsequenz noch einmal sehr deutlich machen: Die Opposition habe Jahre gebraucht, um den integrierten ökologischen Ansatz in der Landwirtschaft zu bejahen und das mitzuvollziehen, was die Landesregierung immer als Notwendigkeit der ökonomischen Honorierung ökologischer Dienstleistungen bezeichnet habe, um Umweltschutz und landwirtschaftlichen Betrieb miteinander in Einklang zu bringen. Die CDU habe jahrelang nichts anderes als aktive Preispolitik als agrarpolitische Antwort gehabt. Dabei hätten die Landwirte nicht nur dieses Landes seit Jahren die Erfahrung gemacht: Von aktiver Preispolitik keine Spur, die Preise gingen in den Keller.

Eckhard Uhlenberg (CDU) stellte fest, der Minister sei weder in seinem ersten noch in seinem zweiten Redebeitrag auch nur in einem einzigen Wort auf den Antrag der CDU eingegangen. Er stelle fest, daß der Minister seit zehn Jahren hier vor diesem Landtag die gleichen Reden gehalten habe. Er beziehe sich auf GATT, er beziehe sich auf Europa, er beschwöre die Zukunft der Landwirtschaft in NRW. Nur den Beitrag, den die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen für die Landwirtschaft in NRW zu erbringen habe, diesen Beitrag sei er auch heute schuldig geblieben.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) sagte, hier gehe es um nicht mehr und nicht weniger als die Kernfrage, ob sich diese Gesellschaft weiterhin eine eigenständige Grundlage zur Schaffung gesunder Nahrungsmittel erhalten wolle.

„Die Senne soll Nationalpark werden“

Einmütig haben sich die im Landtag vertretenen Fraktionen dafür ausgesprochen, den bislang von den britischen Truppen genutzten Truppenübungsplatz Senne in einen „Nationalpark“ umzuwandeln. Ein entsprechender Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/796) wurde am 12. Dezember erörtert und vom Plenum an den Hauptauschuß — federführend — überwiesen.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) hielt es für die höchste Zeit, daß der Landtag in Sachen Senne seinen politischen Willen unmißverständlich ausdrücke: „Hände weg von der Senne, ihr Soldaten! Lange genug wurde dort für den Krieg geübt. Jetzt geht es darum, Frieden mit der Natur zu machen“, rief Vesper aus. Es gebe die einmalige Chance, im hochindustrialisierten, zersiedelten NRW eine großräumige Naturlandschaft zu erhalten, die ihresgleichen in der Bundesrepublik suche. Die militärische Nutzung habe zwar die menschlichen Eingriffe vergleichsweise gering gehalten (Vesper: „Das macht das Militär aber nicht gleich zum Naturschützer“), dennoch würden Altlasten zurückgelassen, die ein „Verbrechen an der Umwelt“ seien. Man müsse verhandeln, damit die Truppen endlich abzögen.

Helga Gießelmann (SPD) teilte voll dieses Anliegen. Hier hätten sich viele selten gewordene Pflanzen, Tiere und Biotopformen erhalten, die bei intensiver menschlicher Nutzung so nicht mehr anzutreffen wären. Es sei darum unbestreitbar richtig, „daß dieses Gebiet bei Aufgabe der militärischen Nutzung unter besonderen Schutz gestellt werden sollte“. Allerdings hätten die britischen Streitkräfte noch nicht darauf hingewiesen, ob und wann der Truppenübungsplatz freigegeben werde. Und die Bundesregierung habe noch nicht erklärt, ob sie dann gegebenenfalls diesen Platz für die Bundeswehr erhalten wolle.

Gerhard Wächter (CDU) nannte die vorrangige militärische Nutzung der Senne einen „Glücksfall“. Denn durch sie sei die heutige und zukünftige Wertigkeit des Platzgebietes abgesichert. Im übrigen habe sich im Laufe der Zeit zwischen britischen und deutschen Stellen eine hervorragende Zusammenarbeit im Sinne des Naturschutzes entwickelt — ein Beweis, „daß sich Naturschutz und die Erfüllung des Verteidigungsauftrags trotz unbestreitbarer Zielkonflikte durchaus harmonisch lösen lassen“.

Friedel Meyer (F.D.P.) meinte, erst müsse geklärt werden, welche Funktionen der Truppenübungsplatz im Rahmen der Natostrategie haben werde. Selbst bei einem Verzicht auf militärische Nutzung würden die Rechte zuerst an Bonn übergehen. Sicher könne NRW seine Ansprüche anmelden; Entscheidungen würden aber vom Bund beziehungsweise der Nato getroffen.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) machte deutlich, daß es sich bei der Senne um eine nahezu vollständig erhaltene alte Heidelandschaft handele. Er, Matthiesen, würde auch „lieber heute als morgen“ die Senne zum Nationalpark erklären, aber dem stünde die Bestimmung des Bundesnaturschutzgesetzes entgegen, die dies, solange die militärische Nutzung andauere, ausdrücklich verbiete.

Keine künstliche Verlängerung des Aufenthalts

Gegen den offenbaren Mißbrauch des Petitionsrechts durch Asylbewerber, deren Verfahren rechtskräftig negativ abgeschlossen ist, hat sich der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtags, Hans Rohe (SPD), im Halbjahresbericht des Petitionsausschusses am 13. Dezember ausgesprochen: Der Ausschuß reiche seine Hand nicht für eine künstliche Verlängerung des Aufenthalts, erklärte er und wies zugleich die Behauptung entschieden zurück, daß mit dieser Praxis eine „Aushöhlung des Petitionsrechts“ verbunden sei.

Der stellvertretende Vorsitzende kritisierte in diesem Zusammenhang scharf die Versuche, über Rechtsanwälte nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel Petitionen einzuleiten, wobei „ersichtlich keine Gründe für ein Bleiberecht aus humanitären Gründen vorgebracht werden“, sondern pauschal der Sachvortrag aus den gerichtlichen Instanzen wiederholt werde. Wenn der Ausschuß da nicht mitmache, dann habe das auch nichts mit parteipolitischen Kalkül zu tun. „Wir treten damit nur einem offenbaren Mißbrauch des Petitionsrechts entgegen, wozu wir im Interesse der anderen Bürgerinnen und Bürger, die sich hilfesuchend an uns wenden, sogar verpflichtet sind“, betonte Rohe.



Der stellvertretende Ausschußvorsitzende Hans Rohe (SPD). Foto: Schüler

Der Petitionsausschuß des Landtags sehe seine Hauptaufgabe darin, Konflikte zu lösen, „die Parteien wieder zusammenzuführen, nicht Gesetze gegen sie wirken zu lassen, sondern ihnen zu helfen, ein Verhältnis aufzubauen, das ihre Einstellung zueinander positiv verändert“. Ein bewährtes Instrument zu diesem Ziel sei das Verfahren nach Artikel 41 a der Landesverfassung, der dem Ausschuß Akteneinsicht, ein umfassendes Auskunfts- und Zutrittsrecht zu Landeseinrichtungen einräumt.

Nach diesem Verfahren würden inzwischen 25 Prozent der eingehenden Petitionen behandelt und „bis zu 50 Prozent Erfolge in der einen oder anderen Weise haben wir bei der Bearbeitung nach Artikel 41 a zu verzeichnen“. Das sei zwar für die beteiligten Parlamentarier und Beschäftigten des Petitionsausschusses aufwendig; aber trotz des unbestreitbar hohen Aufwands habe man die Erfahrung gemacht, daß Ortsbesichtigungen und die Gespräche mit den Peten-

„Von Aushöhlung des Petitionsrechts kann überhaupt nicht geredet werden“

tinnen und Petenten sowie Behördenvertretern die wirksamsten Mittel des Ausschusses seien.

„Sie bieten die Möglichkeit, die beschwerdeführenden Bürger und die beteiligten Behörden an einen Tisch zu bringen. Sehr häufig lassen sich in gemeinsamen Gesprächen zwischen dem Berichterstatter, dem Petenten und den Behörden einvernehmliche Lösungen finden“, erläuterte Rohe dem Parlament.

Während die Bürgerinnen und Bürger diese Arbeit schätzten, „muß nach unserer Auffassung dieser zusätzliche Aufwand von dem Parlament anders gewürdigt werden als bisher, meinte Rohe. Dazu werde man in Kürze Vorstellungen vortragen und entsprechende Vorschläge machen.

In letzter Zeit gebe es die Tendenz zu beobachten, „für Beschwerdeeinrichtungen im weitesten Sinne des Wortes einen konkreten Ansprechpartner, eine Person, zu schaffen, die weniger anonym als ein Ausschußgremium ist. Ein Mittel, dem Petitionsausschuß des Landtags zu der ihm verfassungsmäßig zustehenden herausgehobenen Stellung zu verhelfen, könnte sein, „die Präsidentin des Landtags als dessen oberstes Repräsentationsorgan qua Person in unsere Arbeit mit einzubinden“. Es gehe dabei nicht darum (Rohe: „Nun soll Frau Präsidentin keine Angst bekommen“), daß man künftig von der Präsidentin die Bearbeitung von Petitionen verlangen werde, sondern die Präsidentin als Institution mehr als dies jetzt schon die Geschäftsordnung vorsieht, in die Ausschußarbeit einzubinden.

Der stellvertretende Ausschußvorsitzende schloß den Halbjahresbericht mit einem Fall, in dem es dem Petitionsausschuß gelungen sei, für die Betroffenen — hier Rechtspraktikanten der einstufigen Juristenausbildung in Bielefeld — mehr zu erreichen, als auf dem Rechtsweg je zu erlangen gewesen wäre. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts seien diese Praktikanten der Rentenversicherungspflicht unterworfen worden, die Landesregierung habe daraufhin ihre Beitragshälfte abgeführt und die Arbeitnehmeranteile einbehalten.

Die Rechtspraktikanten hätten daraufhin unter Hinweis darauf, daß üblicherweise von Rechtsreferendaren keine Rentenversicherungsbeiträge abgeführt werden, eine Petition eingelegt, um gegen diese Benachteiligung vorzugehen.

Der Petitionsausschuß habe sich dafür verwandt, daß trotz des Urteils die Arbeitnehmeranteile durch das Land übernommen werden, zumal die einstufige Juristenausbildung auslaufe. Diese Lösung habe man in Gesprächen mit der Landesregierung erreicht. „Dieses Beispiel zeigt überdeutlich, was der Petitionsausschuß ohne Anforderungsbefugnis, aber kraft personaler Autorität und Überzeugung, also durch sanfte Rechtsausübung, zu bewirken vermag. Wir hoffen, daß wir im Laufe dieser Legislaturperiode noch mehrere solcher Fälle vortragen können“, schloß Rohe seinen Vortrag.

F.D.P.: Vorrang für Bildung und Wissenschaft

SPD: Im Etat Einsparungen für Umsetzen der Priorität benennen

Ohne Gegenstimmen hat der Landtag am 13. Dezember den F.D.P.-Antrag „Auf Kernaufgaben der Landespolitik konzentrieren – Vorrang für Bildung und Wissenschaft“ (Drs. 11/805) an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung (federführend) weiterverwiesen.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) schilderte die reale Lage an den Hochschulen des Landes, die sei hausgemacht und mit einer Steigerungsrate von 8,9 Prozent im Wissenschaftsrat (Schultz-Tornau: „Drei Schüppen Sand“) nicht grundlegend zu verändern. Zu erreichen sei nur etwas, wenn die Empfehlung der Kultusministerkonferenz endlich verwirklicht würde, diesen Etat um das Doppelte der Steigerungsraten der Haushalte anderer Ressorts anwachsen zu lassen. Dazu müsse sich die Ministerin im Kabinett aber durchsetzen: „Wenn Sie das nicht schaffen, müssen die Konsequenzen gezogen werden.“

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) fragte nach den fehlenden Einsparungsvorschlägen der antragstellenden Fraktion, das sei die typische Machart, die man gewohnt sei. Darum könne man den Antrag nur als „Diskussionsbeitrag“ in die Haushaltsdebatte einführen. Er vermisse eine Stellungnahme der Landtagsliberalen zu den „imperialistischen Ansprüchen des Herrn Möllemann, die Kompetenzen des Bundes zu Lasten der Länder auszudehnen“. Auch bei knappen Haushaltskassen halte die SPD an den Prinzipien des Bildungssystems fest: Freiheit und allgemeiner Zugang.

Manfred Kuhmichel (CDU) meinte, man dürfe nicht länger zulassen, daß Kultus- und Wissenschaftsressort im Lande „mit ineffektiven Aktionismen und ebenso unhaltbaren wie publikumswirksamen Schulzuweisungen von den schwerwiegenden Problemen ablenken“. Der Sprecher wiederholte die Forderung seiner Fraktion, das Westmünsterland endlich aus dem „hochschulpolitischen Niemandsland“ herauszuführen und den Vorschlag, die gymnasiale Schulzeit auf acht Jahre zu verkürzen.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) verlangte eine langfristige, geplante Hochschulpolitik zur Überwindung der offenbaren Misere. Gegenwärtig versage die Landespolitik auf einem ihrer ureigensten Felder. Der Antrag sei grundsätzlich zu begrüßen; seine Fraktion halte ein Programm zur hochschulpolitischen Erneuerung auf allen Ebenen für erforderlich.

Rudolf Apostel (SPD) unterstrich, das Aktionsprogramm der Landesregierung zielen auf den richtigen Punkt. Nicht der Schrei nach mehr Geld ändere etwas, sondern die Verkürzung der Studiendauer, die Verbesserung der Qualität der Lehre, die Verbesserungen im Innenverhältnis der Hochschulen seien der richtige Ansatz.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) meinte zum Antrag, man müsse seine Ernsthaftigkeit unter dem Haushaltsvorbehalt beurteilen. Er könne nur darauf hinweisen, daß 20 Milliarden Mark des Landeshaushalts für Kultus (13) und Wissenschaft (7) aufgewendet würden. In der Haushaltsdebatte, so seine Prognose, werde man an keiner Stelle von der Opposition hören: „An dieser Stelle können wir Erhebliches einsparen, an jener Stelle brauchen wir nicht die Priorität zu setzen, sondern da verkünden wir einmal die Posteriorität.“

Ausbildungsvergütung

„Entscheidung für Pflegeberuf nicht auch noch bestrafen“

Auf Antrag der SPD hat der Landtag über die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen für Altenpflegerinnen und Altenpfleger (Drs. 11/771) debattiert und dabei bedauert, daß es der Bundesregierung durch den Widerspruch einiger Länder nicht gelungen sei, die Rechtsgrundlagen für die Einführung einer bundeseinheitlichen Ausbildungsvergütung zu schaffen.

Horst Vöge (SPD) bezeichnete die Ausbildungsvergütung als notwendige Korrektur des Berufsbilds in der Altenpflege. Solange die Menschen, die sich für diesen Beruf entscheiden, keinen Pfennig für ihre Ausbildung erhielten, würden sie eher „bestraft“. Er hoffe, daß es weiterhin eine Initiative für eine bundeseinheitliche Regelung gebe.

Hermann-Josef Arentz (CDU) wies den Anschein zurück, die Bundesregierung habe eine solche Regelung nicht gewollt; sie sei von der Mehrheit der SPD-regierten Länder im Bundesrat zu Fall gebracht worden. Was die SPD vorlege, sei ein „gigantisches Manöver zum Ablenken vom eigenen Versagen“. Schon in den Vorjahren habe die CDU die Landesregierung zur Zahlung einer Ausbildungsvergütung aufgefordert: Vergeblich.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) warnte ebenfalls vor einer „Geschichtsklitterung“, die der Bundesregierung die Schuld zuschiebe. Sie, die Bundesregierung, könne ja gar nicht das von ihr Verlangte leisten, wenn eine Mehrheit im Bundesrat das zuvor abgelehnt habe.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) hielt es für eine Selbstverständlichkeit, daß eine Ausbildungsvergütung eingeführt werden soll. Es sei aber „vermessend“, da schon von einer Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs zu sprechen, vielmehr handele es sich dabei um einen „Akt der Entdiskriminierung“. Er habe zudem den Eindruck, bei dem SPD-Antrag handele es sich mehr um einen „liegegebliebenen Wahlkampfknallfrosch aus dem Hause Heinemann“. Durch ein „Reförmchen zum Nulltarif“ solle die Illusion eines dramatischen Kampfes des Sozialministers gegen den Pflegenotstand erweckt werden. Seine Fraktion werde sich an einer solch „ätzenden Show“ nicht beteiligen.

Anne Garbe (SPD) warf der scheidenden Bundesfamilienministerin Lehr vor, sie habe sich nicht rechtzeitig zusammen mit den Bundesländern darum gekümmert, warum in dieser Frage eine Bundeskompetenz gegeben sei. So sei das Scheitern des Antrags nicht zu verwundern gewesen. Hinzugekommen sei, daß die CSU nicht bereit gewesen sei, den Antrag mitzutragen.

Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD) warb um Unterstützung für das Bestreben der Landesregierung, zu einer freiwilligen Vereinbarung mit allen Beteiligten zu kommen. Es gehe um Menschen, die sich für einen schweren Beruf entschieden.



Eine Delegation aus Moskau, die sich auf Einladung des Landesjugendrings in Nordrhein-Westfalen aufhielt, hat den Landtag besucht und ist von Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (4. v. r.) empfangen worden. An der Zusammenkunft im Parlament am Rhein nahm auch der Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Erich Heckelmann (SPD, 3. v. r.), teil. Die Moskauer Delegation wurde von Viktor Bazhenow, Vorsitzender des Komitees für Internationale Zusammenarbeit, geleitet. Foto: Schüler

Ausschuß Mensch und Technik bei Landesanstalt für Immissionsschutz

Abgase und Spurengase bedrohen Stadtluft und Weltklima

Der Präsident der LIS, Dr. Davids, stellte in seinem einleitenden Vortrag die vielfältigen Aufgaben der Landesanstalt dar: Luftqualitätsuntersuchungen, Störfallvorsorge, Umwelttechnik, Anlagenfernüberwachung, Immissionsvorsorge und Öffentlichkeitsarbeit. Die LIS versteht sich als Partner für das nordrhein-westfälische Umweltministerium, die Genehmigungs- und Überwachungsbehörden sowie für die Öffentlichkeit.

Auf der Weltklimakonferenz im Oktober dieses Jahres in Genf wurde festgestellt, daß bei unverändertem Anstieg der Immission von Treibhausgasen mit einer Erhöhung der Durchschnittstemperatur bis zum Jahre 2025 um ca. zwei Grad Celsius und bis zum Jahre 2100 um ca. vier Grad Celsius zu rechnen ist. Dieser anthropogen bedingte Anstieg der Temperatur ist auf die Treibhausgase Kohlendioxid, Methan, Stickstoffoxid, FCKW und weitere Komponenten (z. B. Ozon) zurückzuführen.

Das Klimapotential der einzelnen Treibhausgase ist jedoch unterschiedlich und hängt unter anderem von der Verweilzeit der Gase in der Atmosphäre ab. So hat z. B. ein Kilogramm FCKW ein 7000fach höheres Klimapotential als ein Kilogramm Kohlendioxid. Für den tatsächlichen Klimaeffekt ist jedoch die freigesetzte Menge der Gase wesentlich. Weltweit liegt die Bundesrepublik mit dem CO₂-Ausstoß an fünfter Stelle. Im Bereich der alten Bundesländer sind an diesen energiebedingten Kohlendioxid-Immissionen die privaten Haushalte mit 28 Prozent, die Kleinverbraucher mit 18 Pro-

Zu einer auswärtigen Sitzung traf sich der Ausschuß „Mensch und Technik“ am 7. Dezember 1990 in der Landesanstalt für Immissionsschutz (LIS) in Essen. Im Mittelpunkt standen fünf Fachvorträge von Experten der Landesanstalt über die Immissionsbelastungen durch den Autoverkehr und die Klimabeeinflussung durch Spurengase.

zent, die Industrie mit 34 Prozent und der Verkehr mit 20 Prozent beteiligt. Nordrhein-Westfalen hat übrigens einen Anteil von 44 Prozent an der CO₂-Emission der alten Bundesländer.

Bezogen auf den Verkehr sind verschiedene Maßnahmen denkbar, wie der Kohlendioxid-ausstoß verringert werden kann:

Durch die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, durch Treibstoffverbrauchsoptimierung bei den Personenkraftwagen und durch die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Aber nicht nur CO₂ wird vom Autoverkehr verursacht, sondern auch Stickoxide, Kohlenmonoxid und leichtflüchtige organische Stoffe. Umfangreiche Messungen der Landesanstalt für Immissionsschutz Nordrhein-Westfalen zeigen, daß für diese Verbindungen an den zwei verkehrsorientierten Meßstationen zum Teil erheblich höhere Immissionskonzentrationen registriert werden als an anderen städtischen Meßorten.

So ist am „Mörsebroicher Ei“ in Düsseldorf die mittlere Konzentration für Kohlenmonoxid und Stickstoffmonoxid drei- bis viermal höher als an Meßstationen des Ballungsraumes an Rhein und Ruhr. Die Konzentration für Benzol liegen an der Düsseldorfer Station sogar um das sechsfache über dem allgemeinen Rhein-Ruhr-Pegel. Angesichts der zum Teil bedeutenden Emissionsminderungen im Bereich der stationären Quellen spiegeln die Emissionen aus dem Verkehrsbereich eine immer größere Rolle.

Dr. Hans-Ulrich Pfeffer von der Landesanstalt für Immissionsschutz hofft daher, daß in den kommenden Jahren auch in diesem

Bereich verstärkt Maßnahmen (Dreiwegekatalysator, Immissionsverminderungen bei Betankung und aus dem ruhenden Verkehr; Herabsetzung des Grenzwertes für Benzol im Kraftstoff) umgesetzt werden und zu sichtbaren Erfolgen führen. Die technischen Voraussetzungen hierfür sind gegeben.

Aber nicht nur die Luftbelastungen durch Abgase und Rußpartikel sind dem Autoverkehr zuzuordnen, sondern auch die vom Autoverkehr ausgehenden Lärmbelastungen. In einer Umfrage des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung wurde deutlich, daß sich über die Hälfte der Bevölkerung durch den Straßenverkehr belästigt fühlt. Unter allen lärmbedingten Belästigungen nimmt er damit in der Bevölkerung den Spitzenplatz ein — noch vor den Belästigungen durch den Flugverkehr.

Neben der Fahrzeugart spielt auch die Beschaffenheit der Straßenoberfläche eine entscheidende Rolle für die Erschütterungsbelastungen. Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Städten an der Fahrbahnoberfläche (Aufpflasterungen, Hindernisse) können zwar geräuschmindernd, aber auch erschütterungssteigernd sein. Zur Verringerung der Geräuschbelastungen sind Maßnahmen an der Schallquelle, auf dem Schallausbreitungsweg, im Wohnbereich und am Wohngebäude möglich. Innerhalb von Städten bleibt als einzige Maßnahme oft nur der Einbau von Schallschutzfenstern in den Wohnräumen, falls der Straßenverkehr nicht durch Umleitungen drastisch gesenkt werden kann. Maßnahmen zur Geräuschminderung haben jedoch zur Minderung von Erschütterungen keine Wirksamkeit.

Kein Nachteil durch Ozon

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, daß durch Ozon-Konzentrationen gesundheitlich nachteilige Effekte bei Schulkindern in NRW aufgetreten sind. Das geht aus der Antwort des Kultusministeriums auf eine Kleine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Dr. Michael Vesper hervor.

★ ★ ★

Dr. Axel Horstmann aus Enger ist vom Landtag zum stellvertretenden Mitglied für den Rundfunkrat des „Westdeutschen Rundfunks Köln“ (WDR) gewählt worden. Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde Horstmann als Nachfolger der aus dem Rundfunkrat ausgeschiedenen **Gabriele Behler** persönlicher Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds **Werner Kuhmann**, der von 1962 bis 1980 als SPD-Abgeordneter dem Landtag angehörte.

Müllkampagne...

Fortsetzung von Seite 9
kampfunterstützung daraus herzuleiten, sei an den Haaren herbeigezogen.

Dr. Helmut Linsen, CDU-Fraktionsvorsitzender, registrierte Nervosität bei führenden Sozialdemokraten. Die CDU habe oft genug unter dem Rechnungshof gelitten, lasse aber auch durch die SPD nicht daran rühren. Die Ausgaben für die Kampagne seien am Parlament vorbei aus Wahlkampfgründen getätigt worden und müßten in die Staatskasse zurückgeführt werden.



Grundfragen der Familienpolitik waren zentrales Thema der Jahresveranstaltung, zu der die seit 25 Jahren bestehende Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände auf Einladung von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe im Düsseldorfer Landtag zusammenkam. Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (Mitte) begrüßte in Anwesenheit zahlreicher Abgeordneter und der Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers die Vorstände der Familienverbände, die in diesem Jahr von Josephine Haug (rechts neben Klose) angeführt wurden.

Foto: Schüler

Nur ältere Arbeitnehmer erhalten Ausgleich

18 700 zivile Mitarbeiter bei Streitkräften

Zu Beginn seiner Sitzung gedachte der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie seines langjährigen Mitglieds Werner Schumacher (CDU), der am 22. November 1990 nach kurzer Krankheit verstorben war. Ausschußvorsitzender Dr. Jürgen Schwericke (CDU) brachte zum Ausdruck, daß man mit Werner Schumacher einen in der Sache außerordentlich engagierten, aber darüber hinaus stets liebenswerten Kollegen verloren habe, der bei Freunden und politischen Gegnern gleichermaßen Anerkennung gefunden habe.

Zur aktuellen Situation der Zivilbeschäftigten bei den in Nordrhein-Westfalen stationierten alliierten Streitkräften teilte der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie mit, daß die Stationierungstreitkräfte zur Zeit in Nordrhein-Westfalen noch 18 700 zivile Mitarbeiter beschäftigten. Davon entfielen 16 300 auf die britischen (87,2 Prozent), 1 400 auf die belgischen (7,5 Prozent) und knapp 1 000 auf die amerikanischen Streitkräfte (5,1 Prozent). Die Situation der Zivilbeschäftigten sei mit Blick auf den absehbaren Wegfall von Arbeitsplätzen insofern schwieriger als bei anderen abhängig beschäftigten Arbeitnehmern, als ihre tarifvertragliche Absicherung Lücken habe: Finanzielle Leistungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses erhielten nach dem geltenden Tarifvertrag „Soziale Sicherung“ nur Beschäftigte über 40 Jahre und 10-jähriger Beschäftigungsdauer.

Tarifverhandlungen würden vom Bundesfinanzminister im Auftrag der Stationierungstreitkräfte geführt; letztere hätten entsprechende Tarifverhandlungen bisher immer abgelehnt.

Künftige Nutzung

In einem Gespräch am 13. November 1990 im Bundesverteidigungsministerium, in dem der Bundes- und Landesregierung durch die Briten die Entscheidungen über die künftige Nutzung der in NRW gelegenen britischen Militärflughäfen mitgeteilt worden sei, habe Vice Marshall Harding zugesagt, daß sich die britischen Streitkräfte um eine Milderung der Folgen notwendiger Anpassungen für die betroffenen Zivilbeschäftigten bemühen wollten, und zwar auch dort, wo keine tarifvertragliche Verpflichtung bestehe.

Die Landesregierung werde diese Frage in den für Anfang nächsten Jahres vorgesehenen Gesprächen mit den Briten von sich aus aufgreifen. Die zu den Flughäfen getroffenen Entscheidungen der Briten bezögen sich nur auf den Abzug der Kampfflugzeuge, des zugehörigen Militärpersonals und der zugehörigen Zivilbeschäftigten. Die weitere Nutzung der Flughäfen, Liegenschaften und Einrichtungen durch britisches Militär sei jedoch noch völlig offen, zumal am Flughafen Wegberg-Wildenrath auch noch Heeres-einheiten lägen.

Soweit Entlassungen unvermeidlich werden sollten, bestünde nach dem Tarifvertrag „Soziale Sicherung“ die Verpflichtung des Bundes und der Länder und der übrigen öffentlichen Arbeitgeber, sich um eine Übernahme der Zivilbeschäftigten in den öffentlichen Dienst zu bemühen. Ob der Bund hier große Spielräume habe, sei allerdings eher fraglich, da er sich vorrangig den bei ihm bereits beschäftigten zivilen Arbeitnehmern der Bundeswehr verpflichtet fühlen dürfte,

für die durch den Abbau der Bundeswehr ebenfalls Beschäftigungsmöglichkeiten entfallen würden. Auch beim Land dürften keine nennenswerten Spielräume für die Aufnahme von Zivilbeschäftigten bestehen. Es blieben die Gemeinden, bei denen die Spielräume möglicherweise größer wären. Unabhängig davon stünden den Zivilbeschäftigten alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente, vor allem natürlich die Qualifizierungs- und Umschulungsmöglichkeiten zur Verfügung. Die Arbeitsverwaltung sei hierauf vorbereitet. Abschließend wies der Minister darauf hin, daß der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen in seiner derzeitigen Verfassung für qualifizierte Arbeitnehmer gute Chancen für eine Veränderung biete.

Zur Zielsetzung und Förderung von Technologiezentren in Nordrhein-Westfalen machte der Wirtschaftsminister auf entsprechende Fragen der Abgeordneten deutlich, daß zur Zeit ein Bestand von 32 Technologiezentren, sieben Entwicklungszentren und zehn Technologieagenturen in NRW vorhanden sei. Begonnen habe diese Entwicklung mit der Errichtung der Technologiezentren in Aachen, Schwerte und Dortmund in den Jahren 1983/84.

Diese Zentren leisten einen Beitrag zum Strukturwandel. In ihnen wird technisches Wissen entwickelt und verbreitet. Neue zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen (seit 1985 über 5 000). Sie dienen der Förderung des Technologietransfers.

Die Technologieagenturen haben die Aufgabe, Wissenschaftler aus den Unternehmen und Wissenschaftler aus den Hochschulen und Forschungsinstituten zusammenzubringen, den Firmen bei der Akquisition von Fördermitteln zu helfen und ihnen bei der Eintrittsphase in den Markt zur Seite zu stehen.

Seit 1985 wurden aus Landes-, Bundes- und EG-Mitteln ca. 232 Millionen DM für Technologiezentren bewilligt, zur Finanzierung von Ausgaben in Höhe von ca. 328 Millionen DM. Von diesen Fördermitteln flossen 130 Millionen DM in Investitionen, 35 Millionen in Personal- und 67 Millionen DM in sonstige Ausgaben. Die Fördersätze sind jeweils dem Einzelfall angepaßt und liegen in der Regel zwischen 50 und 80 Prozent. Aus der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ wurden mit 57 Millionen DM sechs Maßnahmen mit Kosten von 84 Millionen DM gefördert (1988 und 1990 etwa gleiche Höhe). Technologiezentren sind nur funktionsfähig auf der Basis eines gemeinsamen Konzeptes der Akteure in der Region. In der Regel arbeiten Kommunen, Unternehmen, Kammern, Hochschulen, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen, die Arbeitnehmerverbände und die Arbeitsverwaltung zusammen. Die positiven Auswirkungen von Technologiezentren sind durchgängig festzustellen.

Technikfolgen bei den Ressorts

Im Ausschuß „Mensch und Technik“ berichteten am 16. November Vertreter der Landesregierung über Aktivitäten im Bereich Technikbewertung/Technikfolgenabschätzung. Nach den Ressorts Arbeit/Gesundheit/Soziales und Stadtentwicklung/Verkehr (siehe vorige Ausgabe) nachstehend die Kurzfassung weiterer Berichte aus den Ressorts.

Auch der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (MWMT) hält Technikbewertung für ein notwendiges Orientierungsinstrument für alle am Wirtschaftsleben Beteiligten. So stellt z. B. die vom MWMT geförderte ZENIT GmbH in Mülheim grundlegendes Orientierungswissen über technologische Entwicklungstendenzen in bestimmten Wirtschaftssektoren zur Verfügung. Speziell für das Wirtschaftsressort gilt, daß Technikbewertung unter den dort geltenden besonderen Handlungsrealitäten gesehen werden muß. Die Gewerbefreiheit als Bestandteil unserer Staatsform bedeutet, daß jeder das Recht hat, technisches Know-how in Produkte und Dienstleistungen umzusetzen und damit am Markt tätig zu werden.

Aufgabe des Staates

Es ist jedoch die Aufgabe des Staates, darauf zu achten, ob unerwünschte Folgen vorliegen oder essentielle Schutzbedürfnisse anderer durch die Nutzung neuer Technologien beeinträchtigt werden. Zur Verwendung der Technikbewertung als Beratungsinstrument gehört auch die Entwicklung von Entscheidungskriterien für die Technologieförderung. Zu nennen sind hier vor allem die Arbeitsplatzsicherung und -schaffung sowie die Umweltverträglichkeit. Eine stichprobenartige Untersuchung des MWMT hat ergeben, daß ca. sieben Arbeitsplätze pro gefördertem Projekt neu geschaffen werden. Insgesamt konnten im Rahmen der Technologieprogramme des Wirtschaftsministeriums fast 11 000 Arbeitsplätze geschaffen und etwa 53 000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen gesichert werden.

Im Ministerium für Wissenschaft und Forschung wird derzeit eine Umfrage an den nordrhein-westfälischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen durchgeführt, die den neuesten Stand von Forschung und Lehre zum Thema Technikbewertung/Technikfolgenabschätzung ermitteln soll.

In dem zum Geschäftsbereich der Staatskanzlei gehörenden „Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen“ wird das Thema der Technikbewertung in allen Arbeitskreisen einbezogen. Besondere Beachtung unter dem Aspekt der Technikbewertung verdient das Projekt „Bürokommunikation“, von dem man sich Erkenntnisse über einen benutzerfreundlichen Einsatz neuer Informations- und Kommunikationssysteme in der Verwaltung erwartet.

Dr. Bernhard Worms, CDU-Abgeordneter, ist zum neuen Vorsitzenden der 1988 gegründeten Senioren-Union der CDU gewählt worden. Die Wahl erfolgte bei der zweiten Bundesdelegiertenkonferenz in Bonn.

Jugendarbeitslosigkeit

Für benachteiligte Gruppen immer noch Probleme

Eine auf Antrag der CDU-Fraktion anberaumte Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Förderung der offenen Jugendarbeit 1990 und 1991“ war Auftakt der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 6. Dezember unter der Leitung des Vorsitzenden Erich Heckelmann (SPD). Staatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender erläuterte im Rahmen seiner Stellungnahme, daß im Bereich des Jahres-Neuförderungsvolumens der Förderbedarf die zur Verfügung stehenden Mittel übersteige und daher bei der Zuteilung die Jugendamtsbezirke Priorität hätten, die bisher unterdurchschnittlich gefördert worden seien. Hinsichtlich des Mittelbedarfs für 1991 sei davon auszugehen, daß die bei der Mittelvergabe für 1990 nicht berücksichtigten Anträge aufrechterhalten würden.

Im Anschluß daran befaßte sich der Ausschuß unter Beteiligung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes, Olaf Sund, und den zuständigen Ministerien — neben Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und das Kultusministerium —, mit dem Thema „Ausbildungsplatzsituation und Jugendarbeitslosigkeit“. Die Zahl arbeitsloser Jugendlicher, so Sund, sei seit 1983 kontinuierlich zurückgegangen. Diese Entwicklung sei auf günstige Einflußfaktoren wie gute Wirtschaftslage, demographische Entwicklung, verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten und unterstützende Landeshilfen zurückzuführen.

Trotz der günstigen Entwicklung gebe es aber nach wie vor die Gruppe der benachteiligten Jugendlichen. So würden zwar auch Mädchen von der positiven Entwicklung profitieren, ihre Arbeitslosenquote liege aber grundsätzlich noch höher als die der männlichen Jugendlichen. Mit Besorgnis müsse man auch feststellen, daß der Anteil der ausländischen Jugendlichen an den Arbeitslosenzahlen gleichgeblieben sei. In jüngster Zeit seien auch die jungen Aus- und Übersiedler überproportional von der Arbeitslosigkeit betroffen. Eine weitere Problemgruppe stellten die Jugendlichen ohne Berufsausbildung dar. Für sie seien berufsvorbereitende Maßnahmen, Umschulungsmaßnahmen sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, etwa im Rahmen des Projektes „Arbeit und Lernen“ notwendig. Zur Ausbildungsplatzsituation führte Sund aus, daß allmählich die Sorge um ausreichenden Berufsnachwuchs wachse. Insgesamt gebe es aber derzeit eine gute Relation: Die Erhebungen zum 30. September 1990 haben ergeben, daß 100 Ausbildungsplatzsuchenden 120 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestanden hätten. Zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres hätten aber immerhin noch 5000 Bewerberinnen und Bewerber keinen Ausbildungsplatz bekommen, obwohl die Zahl der unbesetzten Stellen bei 18500 lag.

Die zuständigen Ministerien bestätigten die von Sund aufgezeigte positive Entwicklung. Staatssekretär Bodenbender wies aus Sicht



Über ökologisches Bauen informierte sich der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen am 5. Dezember beim Institut für öffentliche Verwaltung in Hilden und in Düsseldorf-Hellerhof, wo transparent wärmegeämmte Reihenhäuser entstanden sind. Dabei nahm der Ausschuß auch einen Bericht der Ministerin für Bauen und Wohnen, Ilse Brusis (SPD), zu den Überlegungen zur Wohnungsbauförderung 1991 und der derzeitigen Situation auf dem Wohnungsmarkt entgegen. Ausschußvorsitzender Erwin Pfänder (SPD) wertete die Baumaßnahme am Institut für öffentliche Verwaltung mit dem vorrangigen Planungsziel der Energieeinsparung und der Einbindung in ein ökologisches System als beispielgebend. Auch zeigten die Ansätze bei der Reihenhäuserbesiedlung in Düsseldorf-Hellerhof interessante Aspekte auf, die der Ausschuß bei seinen weiteren Beratungen beachten werde. Auf dem Bild: Ausschußvorsitzender Erwin Pfänder, Mitte links hinten, daneben rechts Wohnungsbauministerin Ilse Brusis. Hinten links Institutsleiter Hans van de Water. Foto: Hahn

des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales noch einmal auf die nach wie vor bestehenden regionalen und branchenspezifischen Unterschiede und die Probleme der benachteiligten Jugendlichen hin. Die Landesregierung sei bemüht, durch sozialpädagogische Hilfen und eine Verbesserung der Berufswahlorientierung Abhilfe zu schaffen. Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, so Ministerialrat Düring, habe ebenfalls seine Bemühungen für die benachteiligten Gruppen verstärkt. Er äußerte die Vermutung, daß die Diskrepanz zwischen offenen Stellen und unvermittelten Bewerberinnen und Bewerbern darauf zurückzuführen sei, daß die Ausbildungsanforderungen zunehmend erschwert worden seien und ein Teil der Jugendlichen diesen Anforderungen nicht gerecht würde.

Im Zusammenhang mit den branchenspezifischen Unterschieden wies der Vertreter des Kultusministeriums, Ministerialrat Dr. Lammert, darauf hin, daß die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler im gewerblich-technischen und im hauswirtschaftlichen Bereich rückläufig sei, ihre Zahl im kaufmännischen Bereich dagegen zunehme. Für die Gruppe der Jugendlichen, die von der Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt noch nicht profitiert hätten, biete das Kultusministerium im wesentlichen folgende Maßnahmen an: Berufsförderlehrgänge, Schülerbetriebspraktika in überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Berufsorientierung nach Ausbildungsabbrüchen sowie Qualifizierung in Sonderausbildungsstätten. In der Diskussion waren sich alle Fraktionen darin einig, daß trotz der günstigen Entwicklung die Anstrengungen zugunsten benachteiligter Jugendlicher verstärkt werden müssen. Der Sprecher der Fraktion der CDU, Antonius Rösenberg, fragte in diesem Zusammenhang, ob nicht die Schaffung von Hilfsberufen Abhilfe schaffen könnte.

Jürgen Jentsch (SPD) hielt diesen Weg für nicht geeignet, da zunehmend Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt gefragt seien und

Hilfsberufe daher keine Perspektive hätten. Die Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, Ruth Wittler-Koch, forderte verstärkte flexible Hilfen für die neuen Bundesländer. Darüber hinaus sei es wichtig, die Situation von Mädchen durch bessere Berufsorientierungsmaßnahmen zu verbessern.

Georg Gregull (CDU) wies auf den Personalmangel im Pflegebereich hin und fragte in diesem Zusammenhang nach Ausbildungsmöglichkeiten für Altenpflegerinnen und -pfleger in Nordrhein-Westfalen. Dazu wies Staatssekretär Bodenbender auf die unterschiedlichen Einschätzungen in den einzelnen Ländern hin und erinnerte daran, daß ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung, der in nächster Zeit erneut in den Bundestag eingebracht werde, eine Grundlage für die Länder bilden könne.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Heinz Hilgers, bat den Präsidenten des Landesarbeitsamtes, auf der Grundlage der demographischen Entwicklung Bedarfszahlen für die einzelnen Landesprogramme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu ermitteln.

Zur Frage der Vertreterin der Fraktion DIE GRÜNEN, Beate Scheffler, nach dem Notstand an Berufsschulen führte der Vertreter des Kultusministeriums aus, daß in bestimmten Bereichen der Berufsschulen, etwa durch Pensionierungen, ein Rückgang der Lehrerzahlen bei gleichbleibenden Schülerzahlen zu verzeichnen sei. In anderen Bereichen dagegen habe die Zahl der Schülerinnen und Schüler bei gleichbleibender Lehrerzahl zugenommen. Diesem Problem versuche man mit intensiverer Lehrerbewerbung entgegenzutreten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung führte der Ausschuß die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zum Ersten Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes durch. Der Entwurf wurde im Ausschuß unter Berücksichtigung einiger Änderungsanträge mehrheitlich angenommen.

Rückblick 1990

Aus der Arbeit des Landesparlaments

Der nordrhein-westfälische Landtag hat im Jahr 1990 insgesamt 22 Gesetze verabschiedet und 20 Gesetzentwürfe beraten. Davon entfielen 18 Gesetze und acht Gesetzentwürfe noch auf die 10. Wahlperiode, die im Mai geendet hat. 98 Anträge wurden parlamentarisch behandelt, davon allein 64 in der 11. Legislaturperiode. Insgesamt 48 Entschlüsse verzeichnet die Statistik für den gesamten Zeitraum des Jahres. An Großen Anfragen ist 1990 nur eine einzige ergangen. Dafür mußte sich die Landesregierung mit 438 von Abgeordneten aller Fraktionen gestellten Kleinen Anfragen befassen, davon entfielen 322 auf die 11. Legislaturperiode. 63 Mündliche Anfragen wurden gestellt. Insgesamt fanden 26 Plenarsitzungen statt. Die Ausschüsse des Landesparlaments tagten 276mal. Thematische Schwerpunkte waren 1990 der Strukturwandel des Landes, Rundfunk, Aus- und Übersiedler, Asylanten, die Hochschulpolitik sowie die Frauenförderung. Die Ergebnisse der Wahl vom 13. Mai, die von der SPD erneut gewonnen wurde, veränderten auch das personelle Bild des Parlaments. Zum ersten Mal zogen die Grünen als Fraktion in den Landtag ein.

17. Januar

In einer Debatte würdigen die Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. die Empfehlungen der Mikat-Kommission. Der Bericht dieser **Kommission Montanregionen** befaßt sich eingehend mit dem **Strukturwandel** im Land.

18. Januar

Der Landtag verabschiedet die **Gesetze für die Wasserverbände**. Diese werden nach dem Vorbild des Aktienrechts organisiert und erhalten die Arbeitnehmermitbestimmung.

22. Januar

Arbeitsrechtler bescheinigen der **Landesanstalt für Rundfunk** in einem Hearing die Tariffähigkeit. Der Gesetzgeber darf diese Tariffähigkeit nicht beschränken.

14. Februar

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bekräftigt in einer Regierungserklärung seinen Willen zu rascher Hilfe für die DDR. Er erinnert indessen daran, die **deutsche Frage** sei eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

16. Februar

Der WDR kann nun in Kabelanlagen, in denen offene Fernsehkanäle vorgesehen sind, **Live-Übertragung von Landtagsdebatten** vorsehen. Das ermöglicht das **2. Rundfunkänderungsgesetz**.

9. März

Die **Bundespost** will ab 1993 in jedem Ort bei Bedarf Anschlußmöglichkeiten für **ISDN** anbieten. Damit könnte ein digitales Fernmeldernetz flächendeckend angeboten werden. Das wird bei einer Anhörung des Hauptausschusses bekannt.

14. März

Der Hauptausschuß gibt grünes Licht für

die **9. Frequenzverordnung**. Danach erhält der WDR eine **fünfte Hörfunkkette**. Die CDU-Opposition kündigt Klage an.

In der gleichen Sitzung des Hauptausschusses kündigt die Landesregierung an, sie wolle in **Leipzig ein repräsentatives Haus** anmieten. Der Minister für Bundesangelegenheiten, Günther Einert (SPD) gibt seiner Hoffnung Ausdruck, Bonn bleibe **Regierungssitz** bis zum Jahr 2000.

19. März

Die Kommission Mensch und Technik beendet ihre Arbeit in der 10. Wahlperiode. Sie wird sie nach der Wahl als neuer Ausschuß des Landtags wieder aufnehmen.

28. März

Johannes Rau (SPD), Regierungschef des Landes, stimmt in einer Regierungserklärung einer Expertenkommission zu, die für ein **Fördermenge von 55 Millionen Tonnen Steinkohle** bis zum Jahre 2005 plädiert hat. Die Oppositionsfraktionen setzen große Hoffnungen auf Absatz in der DDR.

28. März

Der Landtag verabschiedet ein **Gesetz zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen**. Eigentlicher Anlaß für die Novelle: der Vorsitz soll künftig **nach d'Hondt** vergeben werden sowie der Verzicht auf den U-Ausschuß als Kampfinstrument.

29. März

An diesem Tag berät der Landtag über die unterschiedlichen Bewertungen des Gladbecker Geiseldramas durch den III. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Die Arbeit in diesem Ausschuß hatte das Parlament zu der Novellierung vom Vortag veranlaßt.

29. März

In der 10. Wahlperiode werden **25 000**

Petitionen registriert. Der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Karl Knipschild (CDU), verweist in seinem Abschlußbericht auf die verbesserte Erfolgsquote.

30. März

Der scheidende Landtagspräsident Karl Josef Denzer nennt in der letzten Sitzung des Landtags der 10. Legislaturperiode die **Integration Europas** sowie die **Deutschlandpolitik** herausragende Themen der zurückliegenden Beratungen.

2. Mai

Die Wahlen zum 11. Landtag rücken heran. Neun Parteien mit Landeslisten läßt der Landeswahlausschuß zu. Zahlreiche **altgediente Ausschußvorsitzende** verabschieden sich, so Erich Kröhan (Verkehr), Franz Riehemann (Haushaltskontrolle), Willi Wessel (Grubensicherheit), Dr. Albrecht Beckel (Kultur) und Willi Pohlmann (Kommunalpolitik).

137 Plenarsitzungen führte der Landtag in fünf Jahren durch und verabschiedete **109 Gesetze**. **1549 Ausschußsitzungen** wurden abgehalten.

13. Mai

Die SPD behauptet bei der **Landtagswahl** mit 50 Prozent zum dritten Mal hintereinander ihre absolute Mehrheit. CDU und F.D.P. verlieren Prozentpunkte. DIE GRÜNEN rücken erstmalig in das Parlament am Rhein ein.

Am Wahlabend finden sich Tausende Besucher zur **Wahlparty** im Landtag ein. Es wird ein **großes Fest** und eine gigantische Medienshow. Schon an diesem Galaabend ist klar: das 11. Parlament wird das größte in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen. **237 Abgeordnete** ziehen ein, 36 mehr als die Normalzahl. **121 Wahlkreise** gewinnt die SPD direkt.

31. Mai

Im Landesparlament findet die **konstituierende** Sitzung des Landtags der 11. Wahlperiode statt.

Bei dieser Sitzung wird die bisherige Vizepräsidentin des Landtags, **Ingeborg Friebe**, als erste Frau zur Präsidentin des Hohen Hauses gewählt. Sie tritt die Nachfolge von **Karl Josef Denzer** an, der sich nach 20 Jahren Parlamentstätigkeit in den Ruhestand verabschiedet. Vizepräsidenten werden **Dr. Hans-Ulrich Klose** und **Ulrich Schmidt**.

In ihrer ersten Rede nach der Amtsübernahme macht die neue Präsidentin überzeugend klar, daß für sie an erster Stelle der Prozeß der **deutschen Einigung** steht. In den Wochen nach der Wahl wählen die Fraktionen auch wieder ihre Vorstände, Fraktionsvorsitzende werden Professor **Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD), **Dr. Hel-**

mit **Linssen** (CDU), **Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) sowie **Bärbel Höhn** und **Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN).

6. Juni

Mit 124 Ja-Stimmen wird **Johannes Rau** (SPD) zum vierten Mal zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt. Landtagspräsidentin **Ingeborg Friebe** nimmt dem Regierungschef den Amtseid ab.

13. Juni

Die Mitglieder der Landesregierung werden vorgestellt und vereidigt. Die zwölf Ministerinnen und Minister legen den Eid auf die Verfassung ab. Unter ihnen sind vier neue Gesichter: **Ilse Bruslus** (Bauen und Wohnen), **Franz-Josef Kniola** (Stadtentwicklung und Verkehr), **Ilse Ridder-Melchers** (Gleichstellung von Frau und Mann) und **Wolfgang Clement** (Besondere Aufgaben).

Kurz nach der Sitzung am 13. Juni werden auch die **Ausschüsse** des Landtags auf gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen bestellt, 21 an der Zahl.

15. August

Drei Monate nach der Landtagswahl äußert sich Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) in einer **Regierungserklärung** zu den Schwerpunkten der Regierungsarbeit in der 11. Wahlperiode. **Die europäische und die deutsche Einigung** bezeichnet er darin als Herausforderungen von entscheidendem Gewicht. Rau ist ferner dafür, **den Umweltschutz zum Staatsziel** zu erklären.

16. August

Mit 186 von 213 in namentlicher Abstimmung abgegebenen Stimmen spricht sich der Landtag in einem Entschließungsantrag dafür aus, daß **Bonn Parlaments- und Regierungssitz** bleiben müsse.

22. August

In der Aussprache über die Regierungserklärung von Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) schließen die Oppositionsfraktionen von CDU und F.D.P. eine **Kooperation mit der Landesregierung** auf bestimmten Politikfeldern nicht grundsätzlich aus.

13. September

Der Hauptausschuß des Landtags verabschiedet ohne Gegenvotum einen Nachtragshaushaltstitel, wonach sich das Parlament mit 900000 Mark am **Aufbau des Parlamentarismus in den Ländern der ehemaligen DDR** beteiligen will.

20. September

Die im Nachtragshaushalt 1990 veranschlagten Mehrausgaben für **Beratungspersonal** zum Verwaltungsaufbau in der ehemaligen DDR sowie für den **Bau von Übergangswohnheimen** für Aussiedler in Nordrhein-Westfalen und für **wissenschaftliches Personal** an Rhein und Ruhr finden bei der zweiten und dritten Lesung die Zustimmung aller Fraktionen.

Die Opposition von CDU und F.D.P. greift den nordrhein-westfälischen Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (SPD) im Plenum wegen seiner Politik gegenüber den Sinti und Roma scharf an. Kritik findet vor allem der Duldungserlaß des Innenministers. In den Gemeinden sammle sich **„sozialer Sprengstoff“** an, heißt es. Die Grünen fordern dagegen ein Bleiberecht und ein Programm zur Integration von Sinti und Roma. Die SPD vermutet, es gehe weniger um den Duldungserlaß als vielmehr darum, den Minister zu attackieren.

Aussiedler und Asylbewerber

4. Oktober

Landtagsvizepräsident **Dr. Hans-Ulrich Klose** spricht zum **Tag der deutschen Einigung** und beginnt seine Rede mit der Feststellung, seit dem 3. Oktober 1990 seien die getrennten Teile Deutschlands vereinigt. Klose betont, vier Gesichtspunkte gäben Anlaß, noch einmal über das, was sich zugetragen habe, nachzudenken. Er nennt den Respekt vor der Größe des historischen Geschehens, die Freude über die Deutsche Einheit, die Dankbarkeit für das, was geschehen sei sowie die Hoffnung auf die Zukunft. Wörtlich sagt der Vizepräsident: „Die Teilung unseres Vaterlandes ist überwunden. Wir sind wieder das, was wir waren und sein wollten: **ein Volk**. Nicht mehr durch Mauer und Stacheldraht getrennt“.

5. Oktober

Einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. zum **Welter-nährungstag** folgend, empfiehlt der Landtag, **Projekte in den armen Ländern** vor allem der Dritten Welt zu fördern, die auf eine Verbesserung der Lebenssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sein sollen.

7. November

Die Landesregierung wolle das **Frauenförderungsgesetz** nach wie vor anwenden. Das erklärt Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (SPD) in einer Fragestunde auf Anfrage der CDU. Das Gesetz sei durch

eine vorläufige Entscheidung des Obergerichtspräsidenten Münster nicht suspendiert worden.

In einer Aktuellen Stunde verlangen die Grünen, den von Ihnen so bezeichneten „Schrottreaktor“, das **Atomkraftwerk Würgassen**, stillzulegen. SPD und Landesregierung hingegen nennen die Genehmigung zum Wiederanfahren des Meilers als „nach Recht und Gesetz erteilt“.

8. November

Zu Beginn des neuen Studienjahres befaßt sich das Hohe Haus in einer aktuellen Stunde mit der Hochschulpolitik. Die F.D.P. bezeichnet die **Situation an den Hochschulen als dramatisch**. Von der SPD wird darauf hingewiesen, daß die wachsende Zahl von Studienanfängerinnen und -anfängern aus der ehemaligen DDR die Nachfrage nach Studienplätzen noch zusätzlich steigere. Die CDU hält die Bezeichnung „dramatisch“ noch für wohlwollend. Die Studiensituation habe die Grenze des überhaupt Zumutbaren seit langem überschritten. Die Grünen bezeichnen die Hochschul- und Studientferne der Nordrhein-Westfälischen Hochschulpolitik als „wirklich bedrückend“. Wissenschaftsministerin **Anke Brunn** (SPD) räumt Schwierigkeiten ein, glaubt aber nicht, daß das „Katastrophen-gerede“ den Beteiligten weiterhelfe.

13. November

Mehrheitlich nimmt der Landtag eine Novelle zum **Flüchtlingsaufnahmegesetz** in erster Lesung an. Die Gesetzesänderung ist Teil eines Konzepts der Landesregierung zur Bewältigung des sprunghaften Anstiegs von **Aussiedlern und Asylbewerbern**. Besonders betroffene Gemeinden sollen spürbar entlastet werden. Auf Antrag der SPD-Fraktion ergeht mit Mehrheit die Bitte an die Landesregierung, in den Bemühungen um die Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft fortzufahren und im Bundesrat die Initiative zu einer Grundgesetzänderung zu ergreifen. Grund für die Aussprache über ein **Kommunalwahlrecht für Ausländer** ist ein entsprechender Gesetzentwurf der Grünen, nachdem zuvor das Bundesverfassungsgericht kommunales Ausländerwahlrecht als nicht vereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnet hatte.

12. Dezember

Der nordrhein-westfälische Finanzminister **Heinz Schleißer** (SPD) bringt das **Haushaltsgesetz 1991** in den Landtag ein. Ebenfalls eingebracht wird das **Gemeindefinanzierungsgesetz 1991** durch Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (SPD).

SPD-Fraktion

SPD-Fraktion pflegt den Dialog mit den Bürgern

Die SPD-Landtagsfraktion wird zu Beginn des nächsten Jahres ein Forum zur Inneren Sicherheit mit dem Schwerpunkt „organisierte Kriminalität“ veranstalten. Einen entsprechenden Vorschlag von Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann hat der Fraktionsvorstand angenommen. „Wir müssen Mittel und Wege finden, Bandenkriminalität und organisiertes Verbrechen im Keim zu ersticken, damit unsere Bürger wirkungsvoll geschützt sind“, begründete Farthmann seinen Vorstoß. Als

sachkundiger Gastreferent soll der Publizist Dagobert Lindlau gewonnen werden. In einem zweiten Forum, das ebenfalls in der ersten Jahreshälfte 1991 stattfinden soll, will die SPD-Fraktion mit Fachleuten über die Klimaentwicklung diskutieren. Friedhelm Farthmann: „Wir wollen den Blick dafür schärfen, daß jeder einzelne durch sein Verhalten ganz entscheidend das Erdklima beeinflusst.“ Das geschehe nämlich nicht nur durch Kraftwerke, sondern auch durch den Individualverkehr und die Beheizung von Gebäuden und Wohnungen.

★

„Vor allem die Landesregierung, aber auch die SPD-Landtagsfraktion schulden Dir Dank“, würdigte Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann die langjährige Arbeit

von Regierungssprecher Helmut Müller-Reinig, der jetzt zum letzten Mal an einer Sitzung der Fraktion teilnahm. Sein Ausscheiden aus dem Amt hinterlasse eine Lücke. Mit seiner „etwas skeptischen, aber zuverlässigen Art“ habe er großen Respekt in der SPD-Landtagsfraktion genossen, stellte Friedhelm Farthmann in seinem Dank an Helmut Müller-Reinig fest und fügte hinzu: „Du bist einer der wenigen, dessen Rat geschätzt ist und auf den wir uns immer hundertprozentig verlassen konnten.“

Nach zwölfjähriger Tätigkeit als Regierungssprecher wird Helmut Müller-Reinig mit dem Jahreswechsel aus diesem Amt ausscheiden. Ministerpräsident Johannes Rau nannte ihn vor der Fraktion einen seiner engsten Mitarbeiter und treuesten Freunde.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

CDU-Fraktion

Kein Raubzug durch Gemeindekassen!

Als „dreiste Willkür“ und einen „Raubzug durch die Gemeindekassen“ hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linszen, die Absicht der SPD-Landesregierung kritisiert, die Finanzzuweisungen an die Gemeinden um 700 Millionen Mark zu kürzen. „Zusammen mit den bereits in den Jahren zuvor vorgenommenen Kürzungen werden den Gemeinden jährlich über vier Milliarden Mark entzogen, die ihnen nach der Verfassung zustehen“, erklärte Linszen.

Dagegen streiche die Landesregierung im Jahr 1991 einen Steuerzuwachs von 4,2 Milliarden Mark ein. „Obwohl die Gemeinden hiervon 700 Millionen Mark erhalten müßten, sollen sie keinen Pfennig bekommen. Statt dessen preist die Landesregierung Nachzahlungen aus 1989, die sie schon lange hätte leisten müssen, als große Wohltaten und versucht so, den Millionen-Klau zu vertuschen.“

Die geplante 700-Millionen-Kürzung, so Linszen weiter, werde erhebliche Folgen für die Leistungskraft der Gemeinden haben. Linszen: „Leidtragende sind die Bürger. Ihnen drohen höhere Gebühren und Beiträge für Kindergärten, Straßenreinigung, Abwasser und Abfall. Gleichzeitig sind Einrichtungen wie Volkshochschulen, Musikschulen oder Büchereien von Einschränkungen bis hin zu Schließungen bedroht. Zuschüsse für Vereine müssen mas-

siv gekürzt werden.“ Die Begründung der Landesregierung, die Kosten für die Einheit machten die Mittelkürzung für die Gemeinden notwendig, sei schlicht Volksverdummung. „Das Gegenteil ist richtig. Allein die ‚Einheitskonjunktur‘ beschert dem Land 1990 und 1991 einen Reingewinn von 860 Millionen Mark“, so Linszen. „NRW, das sich nach wie vor lautstark gegen eine weitere Beteiligung für den Aufbau der fünf neuen Bundesländer sperrt, bereichert sich klammheimlich und schamlos am Einigungsprozeß.“

Gleichzeitig läßt die Landesregierung die Kommunen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen weiter bluten.“ Linszen rief die örtlichen SPD-Politiker auf, gemeinsam mit der CDU alles zu unternehmen, um die geplanten Kürzungen zu Lasten der Gemeinden zu verhindern.

F.D.P.-Fraktion

Gemeindefinanzierung zur Zeit reine Willkür

Die immer neuen Strukturverschlechterungen im Gemeindefinanzausgleich, die Manipulationen der Landesregierung zu Lasten der Gemeinden und zugunsten des Landeshaushalts sind nur möglich in einem System, in dem jedes Jahr die Gemeindefinanzierungsgesetze komplett von A bis Z neu erlassen werden. Damit steht jedes Jahr jeder Parameter zur Disposition. Der Willkür ist damit Tür und Tor geöffnet.

Notwendig ist nach Ansicht der F.D.P. ein längerfristig geltender, mehrjähriger Rahmen,

durch den die wichtigsten Parameter des kommunalen Finanzausgleichs festgeschrieben werden. Dieser Strukturrahmen muß dann jährlich ausgefüllt werden.

Nachdem die F.D.P.-Fraktion dazu schon 1987 einen Gesetzentwurf vorgelegt hatte, hat sie nun gefordert, einen solchen Rahmen zu erarbeiten, dessen Grundziele sein sollen: 1. Mehr Stetigkeit und Berechenbarkeit, 2. mehr Transparenz, 3. mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Außerdem fordert die F.D.P. eine grundsätzliche Änderung der Haushaltsberatung. Der Landtag sollte sich nicht darin verzetteln, in Tausenden von Einzelansätzen, die von der Landesregierung vorgegeben werden, umzuschichten – das führt nie zu einem Erfolg: Zuvor muß das haushaltsrechtliche Instrumentarium so verbessert werden, daß bereits im Verfahren der Haushaltsaufstellung ein Zwang zum Sparen und zur Konzentration auf die poli-

tischen Prioritäten verankert wird. Die einzelnen Haushaltsansätze müssen aus einer wirklich aussagekräftigen, umfassenden Finanzplanung abgeleitet werden – nur dann ist Finanzplanung politische Rahmenplanung. Zur Zeit ist es gerade umgekehrt: Die völlig unverbindliche „Planung“ (die tatsächlich gar keine ist) setzt sich aus den Einzelergebnissen zusammen. Also ein reiner Zahlenfriedhof.

Die drei Hauptforderungen zur Finanzplanung: 1.) Die Eckdaten müssen Richtschnur für die Regierung schon bei der Haushaltsaufstellung sein, 2.) die Schwerpunktbereiche dürfen nicht nur von Jahr zu Jahr abwechselnd und global als solche bezeichnet werden, vielmehr sind die politischen Prioritäten in der voraussichtlichen (geplanten!) Entwicklung in den Planungsjahren darzustellen, 3.) die Finanzplanung muß ganz besonders die Vorbelastungen deutlich machen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Nutzung erneuerbarer Energiequellen reicht nicht aus

Die Landesregierung weiß bisher nicht, wie groß das Energiepotential der erneuerbaren Energiequellen (Windkraft, Wasserkraft, Sonnenenergie) in NRW ist. Dies ist das Fazit einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten der Grünen, Dr. Manfred Busch. Als Reaktion auf die von den Grünen eingebrachten Anträge zum Schutz der Erdatmosphäre will die Landesregierung jetzt ein Gutachten in Auftrag geben, „in dem der Versuch einer qualitativen Ermitt-

lung der Potentiale unerschöpflicher Energiequellen unternommen werden soll“ (Antwort der Landesregierung). Nach Auffassung von Dr. Manfred Busch ist die Unkenntnis der Landesregierung

„Ergebnis ihrer bisherigen Fixierung auf die großen Energiekonzerne RWE und VEW. Der Ignoranz gegenüber den erneuerbaren Energiequellen entspricht die bisherige Förderung: Sie betrug bis Ende Oktober 1990 gerade einmal 13,7 Millionen Mark. Zum Vergleich: Das Desaster um den Atomreaktor in Hamm-Uentrop erforderte allein 1989 einen Nachschlag von 120 Millionen Mark.“

Auch in dem neu aufgelegten Programm zur Nutzung unerschöpflicher Energiequellen (REN-Programm), das für 1990 gerade rund 25 Millionen Mark vorsieht, wird die Wasserkraft als wichtigste erneuerbare Energiequelle in NRW stiefmütterlich behandelt: Die Förder-

Höchstgrenze von 6000 Mark/kw installierter Leistung benachteiligt besonders die Wasserkraft, weil hier relativ hohe Investitionskosten, dafür aber sehr niedrige Unterhaltungskosten anfallen.

Die eigenen Anstrengungen der Landesregierung zur Verbreitung erneuerbarer Energiequellen fallen dagegen bescheiden aus, wenn sie nicht sogar ganz ausbleiben. So hatte der Landesrechnungshof in seinen diesjährigen „Bemerkungen“ gerügt, daß der Umweltminister selbst dort keine Wasserkraftnutzung vorgesehen habe, wo es dazu eine jahrzehntelange Tradition gibt und die Anlagen rentabel betrieben werden können. Richtlinien zur Genehmigung von Windkraftanlagen sind auch nach sechs Jahren – nach eigenen Angaben hat die Landesregierung bereits 1984 die Hemmnisse der Windkraftnutzung erkannt – noch in Arbeit.

Literatur

Städteatlas

In der Reihe des „Rheinischen Städteatlas“ liegen nun auch die Pläne der Stadt Mülheim a. d. Ruhr vor.

Dem Ziel, alle Städte und ehemaligen Stadtrechtsorte der Rheinlande nach einheitlichen Kriterien zu bearbeiten ist man damit ein weiteres Stück nähergerückt.

Auch der Städteatlas für Mülheim bietet, wie bei allen bereits vorliegenden Plänen, neben dem umfangreichen Kartenteil, dessen Kernstück die Publikation des Urkatasters von 1821/23 ist, einen umfangreichen Textteil, der die Mülheimer Geschichte in vielfältiger Weise (Sozial/Wirtschaftsgeschichtlich; Verfassungs- und Siedlungsgeschichte) dokumentiert.

Für die vergleichende Stadtgrundrißforschung ist diese Mappe innerhalb des Projektes sicherlich unentbehrlich und vorbildhaft. Darüber hinaus aber wird bestimmt auch jeder Architekt und Städteplaner daraus Gewinn ziehen können. Es bleibt zu hoffen, daß auch die Kommunalpolitiker von diesem Projekt bei ihrer Städteplanung Gebrauch machen. Thomas Schneider

(Landschaftsverband Rheinland, Amt für rheinische Landeskunde [Hrg.]: Rheinischer Städteatlas IX Nr. 50, Mülheim a. d. Ruhr, bearbeitet von Dr. Kurt Ortmanns, Rheinland Verlag, Pulheim, 38 Mark)

Hans...

Heidi Berger, SPD-Landtagsabgeordnete aus Essen, bekam vom Fernmeldeamt an ihre Adresse im Landesparlament Telefonbücher zugeschickt, als Postsache. Den Paketzettel hat Frau Berger gleich an die Redaktion weitergegeben. Denn er enthält „einen Versprecher, der seines Gleichen sucht“, so die Abgeordnete. Die Bundespost adressierte die beiden Telefonbücher folgendermaßen: Frau Heidi Berger (MdL), Hans des Landtags, Düsseldorf. Da kommt man schon ins Überlegen, wer denn der Landtags' Hans sein könnte. Oder dachte jemand bei der Post in Verbindung mit dem Landtag an Hans im Glück? Viel simpler, die Adressiermaschine war's: Sie hat sich ein a für ein u vormachen lassen. e.h.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: # 5 68 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche

Wer Bodo Hombach nur als Parlamentarier erlebt, kann sich kaum vorstellen, daß er ein überaus erfolgreicher Wahlkampfmanager ist. Und wenn es denn ein Widerspruch wäre: Beide Rollen hat der Landtagsabgeordnete und Landesgeschäftsführer der NRW-SPD in seinem Repertoire. Und das spielt er souverän aus.

Im Landtag, in den er am 13. Mai 1990 in Mülheim direkt gewählt wurde, tritt er mit kühler Sachlichkeit und unterkühlter Rhetorik auf, fast schon ganz Staatsmann. Seine Jungfernrede — so heißt der erste Plenarauftritt eines neu gewählten Abgeordneten, gemeint ist freilich die rhetorische Selbstdeffloration — war kein Medienereignis — es ging um den Abbau der alliierten Truppen in NRW — wohl aber ein Test auf seine Gebrauchsfähigkeit als Redner. Der Hüne Hombach, schwere 192 Zentimeter groß, bestand ihn unter den wohlmeinenden Blicken von Johannes Rau und Friedhelm Farthmann zu deren Zufriedenheit.

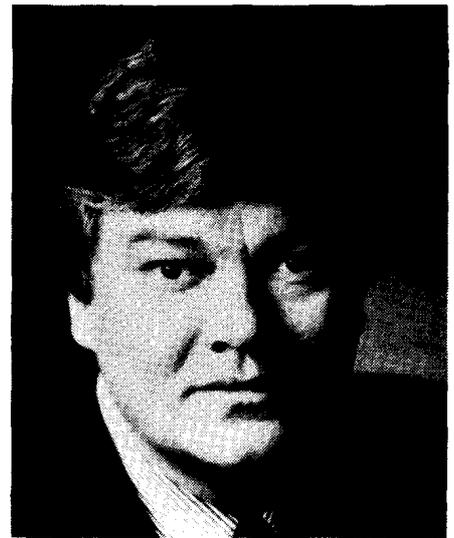
Als Wahlkämpfer braucht der 38jährige nicht mehr zu beweisen, was er drauf hat. Seit 1981 Raus rechte Hand im SPD-Landesverband, hat er zwei Wahlkämpfe erfolgreich geführt. 1985 traf er mit der Identifikationskampagne „Wir in NRW“ die Wählerstimmung so genau, daß Raus Sozialdemokraten erstmals in der Geschichte des Landes die absolute Mehrheit gewannen. Fünf Jahre später konnte er diesen Erfolg wiederholen.

Nicht so zum Zuge, wie Hombach und sein inzwischen als Chef der Staatskanzlei amtierender Polit-Zwilling Wolfgang Clement es sich gedacht hatten, kam Rau als Kanzlerkandidat 1987. Die Bonner Baracke, grollt Hombach auch mehr als drei Jahre danach noch, verhinderte durch ihre Unfähigkeit ein besseres Ergebnis, als Rau es dann tatsächlich holte. Seither sind die Spannungen zwischen den Parteifreunden in Bonn und Düsseldorf unübersehbar.

Raus Niederlage gegen Kohl, vor allem die Art, wie sie zustande gekommen war, hatte Hombach an einen Ausstieg aus der Parteiarbeit denken lassen. Daß er das öffentlich tat, auch Ambitionen auf Ämter etwa bei der Ruhrkohle oder der Westdeutschen Landesbank zu erkennen gab, stoppte ihn. In dieser Phase der Desorientierung agierte er unprofessionell. Und auch mit der Presse, empfindlich gegenüber Lenkungsversuchen, legte er sich da schon mal an.

Hombach ist ein ebenso bodenständiger wie kosmopolitischer Mensch von hoher Aufnahme-fähigkeit. Der gebürtige Mülheimer, der sich im Revier zu Hause und den Menschen nahe fühlt, sich auch völlig frei von ideologischen Fixierungen wähnt, ist — gemeinsam mit seinem Bonner CDU-Kollegen Radunski — einziges deutsches Mitglied im exklusiven Club einer bedeutenden US-Vereinigung von Werbeexperten. Und solche Mitteilungen macht er nicht ohne Stolz.

Bodo Hombach stammt aus einfachen Verhältnissen. Nach der Volksschule machte er eine Lehre als Fernmeldehandwerker bei der Post, dann über den zwei-



Bodo Hombach (SPD)

ten Bildungsweg das Abitur, leistete Zivildienst, studierte Sozialarbeit, schloß mit der Graduierung ab. Dann ging er zum DGB und formulierte die Antwort der Gewerkschaften auf die Filzokratie-Vorwürfe Biedenkopfs. Später machte er noch das Diplom der Sozialwissenschaften. Einige Zeit war Hombach Pressesprecher der GEW-Landesvorsitzenden Ilse Brusis, heute Bauministerin im Kabinett Rau. Hombach sammelt akademische Auszeichnungen und ist gegenwärtig dabei, an der Fern-Universität in Hagen zum Doktor zu promovieren.

Die wohl in seiner Biographie begründete manische Lust, es sich und der Welt zu zeigen, macht Hombach auch zu einem rastlosen Autor und Herausgeber. Über „Die SPD von innen“ hat er Auskunft gegeben, Geschichte und Geschichten aus dem sich ökonomisch und ökologisch erneuernden alten Industrieland NRW unter dem bezeichnenden Titel „Der Lokomotive in voller Fahrt die Räder wechseln“ herausgebracht. Für eine Essaysammlung des Philosophen und Publizisten Peter Sloterdijk („Kritik der zynischen Vernunft“) hat er zwei Arbeiten beige-steuert.

Gleichwohl wirkt Hombachs beachtlicher Ehrgeiz nicht verkrampft. Verhalten und ein bißchen bärg-tapsig, wie einer, der sich geschmeichelt fühlt, wenn er für Würden und Ämter im Gespräch ist, reagiert er auf Fragen nach seinen Karrierevorstellungen. Das sei „kein aktuelles Thema“, sagt er. Zunächst und ganz einfach fühle er sich als Abgeordneter. Und das sei er gerne. Mit seinen Wählern in Mülheim hält er intensiven Kontakt über regelmäßige Bürgersprechstunden.

Indes meinen viele zu wissen, daß Bodo Hombach schon bald nicht mehr nur einfacher Abgeordneter sein werde. Es gilt ihnen als sicher, daß er bei der in der Mitte dieser Legislaturperiode von Regierungschef Rau erwarteten größeren Kabinetts-umbildung in die Landesregierung eintreten und Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann beerben wird, der dann sein Amt aufgeben möchte.

Bernd Kleffner

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 31. Dezember 1990 bis 14. Januar 1991.

31. 12. **Jürgen Schaufuß** (SPD), 50 J.
 5. 1. **Roland Appel** (DIE GRÜNEN), 37 J.
 6. 1. **Wolfgang Jaeger** (CDU), 56 J.
 13. 1. **Anne Garbe** (SPD), 46 J.
 13. 1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 59 J.
 13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 51 J.
 13. 1. **Robert Schumacher** (SPD), 55 J.
 14. 1. **Dr. Reiner Klimke** (CDU), 55 J.

★
Broder Carstensen, Sprachwissenschaftler in Paderborn, hat das Wort „Deutschland“ zum „Wort des Jahres“ 1990 erklärt. Gesamtdeutschland habe sich nach der Vereinigung nicht durchsetzen können. Ferner sei es den Deutschen nicht gelungen, einen treffenden Begriff für das Gebiet der früheren DDR zu finden. Schwierig sei es auch, eine griffige neue Bezeichnung für die alte Bundesrepublik zu finden. Es bleibe daher bei „Deutschland“.

★
Dr. Hans Blasius, bisher Leitender Ministerialrat, ist auf Vorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und Die GRÜNEN vom Landtag zum Direktor beim Landesrechnungshof gewählt worden. Als Leitender Ministerialrat wurde **Arnulf Schmid** zum Mitglied des Landesrechnungshofs gewählt. Blasius wird Nachfolger des Direktors beim Landesrechnungshof, **Lothar Harloff**, der Ende Januar 1991 in den Altersruhestand tritt.

Zu Weihnachten

Tränen im Regenbogen

Die Phantasie von Kindern hat Flügel, auch wenn die Kinder schwer krank oder gar vom Tode gezeichnet sind. In der Universitätsklinik Tübingen haben Jungen und Mädchen, die an schlimmen Krankheiten wie Krebs, Mukoviszidose, Ewing Sarkom oder Spondylitis leiden, ein einmaliges Buch geschrieben, das den Leser lachen macht und gleichzeitig traurig werden läßt.

Das Buch heißt „Tränen im Regenbogen“ und ist in Essen mit dem „Gustav-Heinemann-Friedenspreis 1990“ des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden. Die Geschichten, Gedichte, Zeichnungen waren zunächst nur für die Tübinger Klinikrundschaue, einer Zeitung für kleine Patienten, bestimmt. Der „Attempo-Verlag“ in Tübingen hat daraus ein Buch gemacht (herausgegeben von Michael Klemm, Gerlinde Hebler und Werner Häcker, 236 Seiten, 22 Mark). Die Kinder haben ihre Leiden beschrieben, dabei die Rollen oft mit gesunden Leuten aus dem täglichen Umfeld vertauscht. Einige der kleinen Autoren konnten den Erfolg ihres Werkes nicht mehr erleben. Sie verloren den Kampf gegen die Krankheit.

Der Erlös des Buches ist übrigens für die Mukoviszidose-Hilfe und den Förderverein krebskranker Kinder bestimmt. In mehrfacherem Sinne: ein wahrhaftes Weihnachtsgeschenk.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Weihnachten 1990: Wie in den Jahren zuvor sind die Innenstädte des Landes festlich beleuchtet, die Auslagen der Geschäfte laden zum Kauf ein. Das Fest hat durchaus eine merkantile Komponente, und die wiederum eine lange Geschichte. Gegen 1580 wird von den ersten Christbescherungen berichtet. Doch schon bald uferte das Schenken unter Erwachsenen aus. 1661 dekretierte eine sächsische „Policey-Ordnung“, es dürften kein Geld, keine Kleidung, Geschmeide und andere Sachen an Christen verschenkt werden. Im 19. Jahrhundert hatte die Berlinerin Rahel Levin, Inhaberin eines literarischen Salons, ihre Schwierigkeiten mit Konsumzwängen. In einem Brief schrieb sie ihrem späteren Mann Karl Varnhagen von Ense: „Heiligabend hat mir den Rest gegeben. Ich sah niemanden, den ich liebte, schenkte für viel Geld und bekam auch so manches, aber nichts, was mir lieb wäre.“ Heute werden sich Bürgerinnen und Bürger angesichts des Überangebots vielleicht mit ein wenig Wehmut karger Zeiten erinnern. Diese kollektiv im Volk vorhandene Erinnerung kann indessen stimulieren. Sie hat in der Adventszeit dieses Jahres eine nicht für möglich gehaltene Bereitschaft zur Hilfe für diejenigen ausgelöst, die Opfer des Hungers zu werden drohen. Die Menschen in der Sowjetunion, die Kinder in Rumänien werden sich womöglich noch lange des Weihnachtsfestes 1990 erinnern, das sie so vorher nicht gekannt haben. Das Bild zeigt den Marktplatz in Düsseldorf mit dem Denkmal des Kurfürsten Jan Wellem und dem alten Rathaus im Hintergrund.

Foto: Schüler